



Ausschuss für Schule und Weiterbildung

49. Sitzung (öffentlich)

24. September 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:35 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Große Brömer (SPD)

Protokoll: Christoph Filla

Verhandlungspunkt:

**Bildungsinnovation 2020 – Chancen der Digitalisierung für die
Bildung nutzen**

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4435

Öffentliche Anhörung von Sachverständigen

* * *

Bildungsinnovation 2020 – Chancen der Digitalisierung für die Bildung nutzen

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4435

Vorsitzender Wolfgang Große Brömer: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiße Sie recht herzlich willkommen und darf die Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung eröffnen. Anlass und Grundlage der Anhörung ist ein Antrag der Fraktion der Piraten mit dem Titel „Bildungsinnovation 2020 – Chancen der Digitalisierung für die Bildung nutzen“.

(Es folgen organisatorische Hinweise.)

Für die drei kommunalen Spitzenverbände ist Frau Prof. Dr. Faber anwesend. Bitte schön.

Prof. Dr. Angela Faber (Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich Ihnen dafür danken, dass wir zu diesem Antrag der Piraten hier als Städtetag Nordrhein-Westfalen Stellung nehmen können, und meine Kollegen von den beiden kommunalen Spitzenverbänden haben mich gebeten, sie zu vertreten, was ich hiermit gerne tue.

Der Städtetag Nordrhein-Westfalen hat zu diesem Antrag keine eigene schriftliche Stellungnahme abgegeben. Ich mache aber jetzt hier mündlich noch einige Bemerkungen. Zu sagen ist, dass die kommunalen Spitzenverbände regelmäßig mit der Medienberatung NRW zusammenarbeiten; Herr Vaupel als Geschäftsführer sitzt hier neben mir. Es gibt seit Jahren einen Arbeitskreis für Medien, in welchem sich die Vertreter der Medienberatung NRW, des Schulministeriums und der kommunalen Spitzenverbände treffen und die Nutzung von Medien in Schulen beraten. Herr Vaupel von der Medienberatung NRW hat eine schriftliche Stellungnahme abgegeben, in der viele gute Hinweise zu der Einschätzung des Antrages der Piratenfraktion enthalten sind. Ich möchte es hier mit einigen Bemerkungen bewenden lassen.

Der in dem vorliegenden Antrag dargestellte Befund, dass es im Bildungsbereich hinsichtlich der Anwendung und Nutzung von digitalen Medien eine Implementierungslücke gibt, ist aus unserer Sicht richtig. In der Tat sind die Chancen der Digitalisierung für die Bildung zu nutzen. Speziell zur Schule formuliert die Ihnen vorliegende Stellungnahme der Kaiserin-Augusta-Schule zutreffend: „Schule darf kein Elfenbeinturm im digitalen Zeitalter sein.“

Dabei geht es auf der einen Seite um die Vermittlung von Medienkompetenz, um die gesellschaftliche Teilhabe auch in diesem Bereich für alle zu schaffen. Zum anderen geht es darum, einen verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien im Sinne der Förderung von Kritikfähigkeit und unter Sensibilisierung für den Datenschutz, Persönlichkeitsschutz und Urheberrecht zu vermitteln.

In dem Antrag wird zu Recht konstatiert, dass es in der Vergangenheit zahlreiche nichtkoordinierte eLearning-Initiativen im Land gegeben hat. Heute muss es darum gehen, Initiativen in diesem Bereich zwischen Land und Kommunen abzustimmen und hierbei die vorhandenen Strukturen einzubeziehen. Ich denke insoweit insbesondere an die 50 regionalen Bildungsnetzwerke, die wir in NRW über Kooperationsverträge mit dem Land verankert haben. Ein sinnvoll abgestimmtes Verfahren bedeutet aber auch, dass der Einsatz und die Nutzung von digitalen Medien im Unterricht in den Curricula sowie in den didaktischen Zielsetzungen des Unterrichts verankert sind; das ist ganz wichtig.

Aus der Stellungnahme der Landesmedienanstalt ist zu entnehmen, dass das Vorhandensein von Medien und digitalen Lernmitteln im Unterricht nicht automatisch zu einem kompetenten Einsatz bzw. einer Stärkung der Medienkompetenz führt. Wenn es um Investitionen in die Medieninfrastruktur an Schulen geht, kann dies aus unserer Sicht nur synchron mit einer entsprechenden Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte gestaltet werden. Deswegen lassen wir uns zum Beispiel als kommunale Schulträger von den Schulen Medienkonzepte vorlegen, bevor Ausstattungswünsche befriedigt werden. Daraus machen die kommunalen Schulträger in der Regel Medienentwicklungsplanungen.

Zu einer entsprechenden Fortbildung der Lehrkräfte muss auch gehören, dass diese einen sicheren Umgang mit den Fragen des Einsatzes von digitalen Medien erwerben. Dazu gehört auch, dass keine E-Mails an Schüler an Wochenenden oder in Ferien versandt werden und dass die Teilnahme an sozialen digitalen Netzwerken sorgfältig geprüft wird. Hierzu bedarf es auch entsprechender Hinweise der Schulaufsicht; es gibt bereits einen Leitfaden der Landesmedienanstalt zu diesen Fragen.

Wir brauchen eine angemessene IT-Infrastruktur und entsprechende Breitbandverbindungen der Schulen. Insoweit allerdings eine Bestandsaufnahme des gestrigen Zustandes in diesem sich doch sehr schnell entwickelnden Feld vorzunehmen, halten wir nicht für zielführend. Seien Sie versichert, dass die Kommunen in ihrer Eigenschaft als kommunale Schulträger alles ihnen Mögliche tun. Aber wie dargelegt, ist insoweit ein koordiniertes Vorgehen mit dem Land erforderlich. Wir müssen und wir brauchen auf diesem Feld die kommunale staatliche Verantwortungsgemeinschaft, die wir ja im Arbeitskreis Medien, den ich bereits erwähnt habe, schon leben.

In dem Piraten-Antrag wird auch die digitale Form der Lernmittelfreiheit – Stichwort „Open Educational Resources“ – thematisiert. Es geht hierbei um die Entwicklung und Förderung von Lernmitteln unter freier Lizenz, unter anderem um die engen Schranken des Urheberrechts zu überwinden. Insoweit brauchen wir eine klare Stellungnahme des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes zu der Entwicklung und dem Einsatz dieser Open Educational Resources.

Dass wir beim Einsatz der digitalen Medien in der Bildung nicht am Anfang der Entwicklung stehen, zeigt die ausführliche Stellungnahme der Medienberatung NRW. Hier möchte ich nur auf einen Punkt hinweisen, nämlich auf den Punkt, dass kommunale IT-Dienstleister eine webbasierte schulische IT-Infrastruktur mit dem Namen LOGINEO entwickelt haben und bereits erproben. Es handelt sich also um eine Kommunikationsplattform, um ein sogenanntes Schulportal. Es geht bei LOGINEO

um eine sichere, vertrauenswürdige und den Richtlinien des Datenschutzes entsprechende Basis-IT-Infrastruktur für die nordrhein-westfälischen Schulen. Dies ist natürlich nicht ohne Kosten verbunden. Wir werden LOGINEO unseren Mitgliedern vorstellen, und am Ende werden die einzelnen kommunalen Schulträger für sich entscheiden, ob sie sich für LOGINEO an ihren Schulen entscheiden werden. Ich sehe uns alle aber dabei auf einem guten Weg. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Wolfgang Vaupel (Medienberatung NRW, Düsseldorf) (Stellungnahme 16/2106): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich finde diesen Aspekt der Vernetzung, Zusammenarbeit und Koordination, den Frau Prof. Faber genannt hat, sehr wichtig. Sie hat auch dargestellt, dass wir in der Medienberatung alles mit dem Schulministerium und den kommunalen Spitzen abstimmen; denn das, was man für die Qualität von Unterricht haben möchte, und das, was die Schulträger bereitstellen sollen, muss verhandelt, muss vereinbart sein.

Mir fällt hier auf, dass viele am Tisch sitzen, die auch weiterhin Kooperationspartner im Feld der Medien sind. Das ist dann natürlich die LfM mit Frau Appelhoff, das sind natürlich die Medienzentren, für die Frau Johansson hier steht. Das ist auch der Landesverband der Volkshochschulen, mit dem wir gemeinsam beim Medienpass und anderen Themen arbeiten. Auch mit Herrn Prof. Kerres, der neben mir sitzt, sind wir in einem intensiven Dialog. Ich habe den Eindruck – das möchte ich damit sagen –, dass anders als früher niemand mehr da ist, der etwas grundsätzlich infrage stellt. Vielmehr gibt es viele gute Ideen, die von vielen Seiten kommen, und wir müssen prüfen, wie diese guten Ideen in die Strukturen von Nordrhein-Westfalen, in die Zuständigkeiten hineinpassen und genutzt werden können. Denn das Ziel ist klar: Wir wollen all das, was wir mit digitalen Mitteln den Lehrerinnen und Lehrern, aber vor allen Dingen den Schülerinnen und Schülern an Lernmöglichkeiten bereitstellen können, auch bereitstellen. Deswegen müssen wir uns zusammenraufen und abstimmen.

Meine zweite Aussage, die ich treffen möchte, ist folgende: Eine einzelne Idee ist für sich genommen irgendwie interessant, irgendwie gut. Beispielsweise kann man mit Tablets lernen. Man braucht natürlich freie Lernmaterialien, man braucht aber auch die der Verlage usw. Das sind alles einzelne Ideen. Insofern müsste man dann schauen, wie all diese Ideen zusammenpassen, damit daraus ein Ganzes wird, etwas Ganzheitliches, das dann auch tatsächlich funktioniert.

Wir aus der Medienberatung sehen eben fünf Handlungsfelder, die ich kurz benennen möchte. Zunächst einmal muss man mit den Dingen umgehen können. Man muss kompetent werden, kompetent gemacht werden. Dafür haben wir Beratung und Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer, dafür haben wir den Medienpass für die Schülerinnen und Schüler.

Zweitens braucht man natürlich Inhalte. Dafür haben wir die learn:line, die freie Lernmaterialien verfügbar macht, und dazu machen wir Projekte mit anderen Anbietern, um die Qualität der digitalen Lehrmittel zu verbessern.

Drittens brauchen wir Geräte, mit denen man mit diesen Inhalten arbeiten kann und in der Schule, aber auch von zu Hause aus seine Arbeiten erledigen kann. Das ist das dritte Handlungsfeld, und auf diesem spielt natürlich folgende Frage eine große Rolle: Können wir alles öffentlich finanzieren? Kann man einfach sagen, dass die öffentliche Hand für zwei Millionen Schülerinnen und Schüler Geräte finanziert, damit sie mit diesen Geräten arbeiten können? „Bring Your Own Device“ wird heute sicherlich noch zum Thema werden.

Das vierte Handlungsfeld ist das, das uns den meisten Gehirnschmalz abverlangt, nämlich die Frage, in welchen Umgebungen im Internet wir uns bewegen. Natürlich braucht man das Internet. Man braucht das Internet, um die Medien verfügbar zu machen. Man braucht das Internet, um Arbeitsmaterialien und Anwendungen zur Verfügung zu stellen. Aber wie können wir das so machen, dass man auch wirklich Vertrauen dazu haben kann? Ich will jetzt nicht wieder mit Facebook, Dropbox und all den anderen Sachen anfangen. Und verbieten will man so etwas schon gar nicht; denn wir wollen es schließlich nutzen. Wir müssen aber sehen, was der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit in den letzten Jahren an die Kommunen, aber auch an die Ministerien geschrieben hat. Er hat gesagt: Nach Prüfung dieser Situation kann man nur Vertrauen haben in Anwendungen, die öffentlich bereitgestellt werden.

Genau das ist es, was Frau Faber eben angesprochen hat: Wir versuchen seit Jahren – jetzt mit LOGINEO –, diesen Weg zu gehen, und wir sind heute so weit, es auch umsetzen zu können. Ich war heute Morgen im Schulausschuss des Städte- und Gemeindebundes, der dieses Vorhaben dann auch uneingeschränkt unterstützt hat, was mich natürlich sehr gefreut hat.

Das ist dann der Weg, um sagen zu können: Mit unseren kommunalen IT-Dienstleistern bieten wir öffentlich eine Plattform an. Diese soll nicht mit Facebook oder etwas anderem konkurrieren, aber sie soll die Arbeitsumgebung bereitstellen, die die Schule, die Schülerinnen und Schüler, die Lehrer, aber auch die Eltern brauchen, um ihre Schule gut zu organisieren und das Lernen den heutigen Möglichkeiten entsprechend zu organisieren. – Vielen Dank.

Prof. Dr. Michael Kerres (Fachbereich Bildungswissenschaften der Universität Duisburg-Essen, Duisburg) (Stellungnahme 16/2067): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte zu zwei Punkten nur Stellung nehmen, bezüglich derer wir vielleicht unterschiedliche Einschätzungen haben und vielleicht auch Klärungsbedarf haben.

Der eine Punkt ist die Bedeutung von Fortbildung. Es scheint offensichtlich, dass wir in der Schule bei dieser Thematik gerade bei der Lehrerfortbildung Weiterbildungsbedarf haben. Das steht in vielen Stellungnahmen. Ich denke aber, wir müssen uns darüber klarwerden, dass die Entwicklung der Schulen hin zu einer intensiven Medienutzung letztlich nicht mit Lehrerfortbildung alleine bewältigbar ist. Wir müssen das Ganze als einen Entwicklungsprozess verstehen – als einen Entwicklungsprozess, der auch ein anderes Arbeiten an Schulen bedeutet.

Die Schulen müssen sich über die Ziele, die sie verfolgen, klarwerden: Wie wollen wir in der Zukunft mit den Medien arbeiten? Was brauchen wir dafür? Welche Infrastruktur ist dafür notwendig? – Das ist ein wesentlich umfangreichere Prozess als die Vorstellung „Wir schicken die Lehrer zu Word-Kursen, und dann klappt das schon“. Die Lehrerfortbildung ist natürlich viel mehr. Daher müssen wir die Lehrerfortbildung in ein umfassenderes, ganzheitliches Konzept der Schulentwicklung einbetten. Es wäre eine Unterschätzung, zu glauben, dass wir das alleine mit Fortbildung bewältigen. Also das ist eine Nuancierung, die meiner Meinung nach wichtig ist.

Der andere Punkt, den man vielleicht auch nochmal genauer diskutieren muss, ist: Was für eine Infrastruktur brauchen wir denn eigentlich in Zukunft? – Da lese ich in dem Antrag die Idee, wir bräuchten einen Server, auf dem dann alles sichtbar wäre, auf dem dann ganz viele Materialien – hoffentlich OE-Ressourcen – wären. Ich würde als Gegenthese behaupten: Das entspricht nicht unserer Vorstellung von Bildung – von Bildung als einem pluralen Ansatz im Wettstreit von Ideen, Ansätzen und Perspektiven.

Ich finde es wichtig, dass wir uns auf eine Vision unserer Infrastruktur verständigen, die von einem verteilten System ausgeht, in das viele Player, viele Akteure Contents einspeisen können. Mit diesen könnten wir zusammenarbeiten. Mit User Generated Content, mit redaktionellem Content, mit automatisch generierten Metadaten könnten wir in der Zusammenarbeit mit den Landesbildungsservern, mit dem deutschen Bildungsserver, mit den Landesmedienzentren ein konfiguriertes System in Deutschland aufbauen. Da sind viele Player aktiv, und es gibt natürlich auch Verlage, private Einrichtungen und Privatleute, die dazu beitragen sollen. Daher ist es wichtig, dieses als Ganzes zu denken. Auch hier würde ich Herrn Vaupel wirklich folgen: Wir müssen das doch breiter denken. OER ist dabei ein wichtiger Punkt, aber OER alleine wird diese Thematik nicht lösen. – Vielen Dank.

Mechthild Appelhoff (Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf) (Stellungnahme 16/2094): Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bedanke mich sehr herzlich für die Möglichkeit, hier zum Antrag der Piraten Stellung zu nehmen. – Wir würden das seitens der LfM natürlich mit der Fokussierung und der Perspektive auf unseren klaren Aufgabenkontext, den wir haben, sehen. Das betrifft dann natürlich weniger die Ausstattungsiniciativen und Ähnliches mehr als die Frage der Qualifikation. Ganz entscheidend für uns auch die Frage: Welche Kompetenzen in Bezug auf Medien sollen eigentlich Schüler erlernen?

Vor dem Hintergrund haben wir mit Besorgnis die Studien, die Prof. Breiter und Herr Prof. Aufenanger zum Thema „Medienkompetenz in der Schule“ erarbeitet haben, gelesen. Denn beide Studien – also sowohl die für die Grundschule als auch die für die fünfte und sechste Klasse der weiterführenden Schulen – machen deutlich, dass das Thema „Medien“ im Sinne von didaktisches Instrument, im Sinne von Lehr-/Lernwerkzeug in der Hand der Schüler und der Lehrer in den Schulen zwar aufgegriffen wird. Es wird nicht optimal aufgegriffen, ist aber präsent. Bei der Reflektion und Analyse von Medien bestehen allerdings noch erhebliche Bedarfe.

Um es vielleicht ein bisschen locker zu sagen: Während das Anwenden-können, Nutzbar-machen-können, Bedienen-können von Medien eher das Pflichtprogramm für jede Schule ist, ist das Thema „Analyse“ bzw. „Reflektieren“ eher das Kürprogramm, wenn noch die Zeit dafür vorhanden ist; ich überspitze es jetzt einmal.

Wenn das so wäre, dann hätten wir ein großes Problem, und das bestätigen uns die Ergebnisse einer Studie, die wir mit Prof. Brand an der Universität Duisburg/Essen durchgeführt haben, ganz aktuell; deshalb ist diese Studie noch nicht in unserer Stellungnahme enthalten. Die Ergebnisse sind noch nicht publiziert, aber für uns sehr wichtig; deshalb möchten wir sie gerne weitergeben. Herr Prof. Brand hat sehr differenziert die unterschiedlichen Ebenen von Internetnutzungskompetenzen in Bezug auf die dysfunktionale Nutzung des Internets analysiert, das heißt am Beispiel von Internetsucht und am Beispiel von Cybermobbing.

Ich möchte die Ergebnisse ganz kurz mit meinen eigenen Worten zusammenfassen – Herr Prof. Brand kann das als Psychologe viel besser –: Im Wesentlichen geht es nicht darum, etwas anwenden zu können, bedienen zu können, kreativ nutzen zu können, unmittelbar lernen zu können. Wenn die Analyse und die Reflektion – in seinem Sprachgebrauch nennt er es Selbststeuerung, die sich aufbaut durch Analyse und Reflektion – nicht zugleich mitvermittelt werden, ist das reine Vermitteln von Kernkompetenzen im Sinne von Anwendung eher kontraproduktiv; denn es erhöht eher die Risiken. Denn je mehr ich kann, desto mehr kann ich ausnutzen, benutzen, ohne aber zu reflektieren, zu welchem Zweck ich das tue.

Deshalb möchte ich vor dem Hintergrund Folgendes noch einmal unterstreichen: Wir haben beim Medienpass als fünften Kompetenzbereich „Analysieren/Reflektieren“. Wir befürchten, dass es Kür und nicht Pflicht ist. Wir würden bei der Thematisierung der Chancen der Digitalisierung gerne Folgendes in den Mittelpunkt stellen: Wenn man die Chancen wirklich nutzen will, heißt es, diese im Sinne der eigenen Person kompetent nutzen. Es geht also darum, sie nicht schädlich, sondern nützlich zu nutzen. Das bedeutet immer auch Analyse und Reflektion, die Selbstregulierung u stärken und nicht nur die Hinführung zum Gerät. – Danke.

Tobias Oppenhäuser (learn:line.nrw, Leverkusen/Köln) (Stellungnahme 16/2115): Vielen Dank für die Einladung. – Die Stellungnahmen der Sachverständigen enthalten einen Tenor. Das sind der Informationsfluss, die strukturelle Verankerung und die Begleitung der Schulen. Darauf möchte ich kurz aus meiner Sicht als Medienberater eingehen.

In den letzten 13 Jahren erlebe ich die Unwirksamkeit von Medienkonzepten. Medienkonzepte sind häufig von Medienkoordinatoren erstellt, der Schulleitung vielleicht bekannt und werden eventuell vom Schulträger für die Medienentwicklungsplanung genutzt. Aber wer kennt die Medienkonzepte an den Schulen? – In meinen Beratungstätigkeiten ist das sehr wenig der Fall. Also im Unterricht kommen diese Konzepte eigentlich nicht an.

Mit dem Medienpass NRW gibt es endlich ein Instrument für ein wirksames Medienkonzept, und dabei steht nicht der Medienpass für die Schüler im Vordergrund, son-

dern das Kompetenzraster und der Lehrplankompass, in dem die Medienkompetenzen aus den Kernlehrplänen zusammengefasst sind. Das bietet die Möglichkeit der unterrichtlichen Verankerung. Endlich.

Genau das erkennen die Schulen in den Beratungssituationen und sehen den Mehrwert. Fachkonferenzen legen die Medienkompetenzvermittlung im schulinternen Curriculum fest. So entsteht ein wirksames Medienkonzept. Weiterhin bietet sich hier die Möglichkeit bzw. entsteht ein Ausstattungsbedarf, der Richtung Kommune formuliert werden kann, nämlich ganz konkret durch die unterrichtliche Verankerung. Es entsteht ein Fortbildungsbedarf Richtung Kompetenzteams, und dort kann die fachliche Fortbildung in Zusammenarbeit mit den Medienberatern den Medieneinsatz fachlich schulen.

Die Voraussetzung dafür ist, dass die Strukturen im Land genutzt und ausgebaut werden. Das heißt landesweit in den Bezirken und in den Kommunen. Die Bezirksregierung habe ich in den Stellungnahmen wenig gefunden, ich erlebe sie selbst aber als einen sehr wichtigen Player, der allerdings nicht wirklich Berücksichtigung findet. Kommunikationswege müssen definiert und Aufgaben beschrieben werden.

Ansonsten bleibt es dabei: Die Schulen sagen in der Beratungssituation – und das bestätigen mir viele Medienberater vor Ort –, dass landesweite Angebote nicht oder nur zum Teil bekannt sind. E-Mails, Flyer und Ähnliches reichen heute nicht mehr aus für die Information. Die wahren Experten, um sich ein Bild über den aktuellen Stand zu machen, sind eigentlich die Schulen, und das ist ein Großteil der Schulen, die nicht gut ausgestattet sind, die kein wirksames Medienkonzept haben und die keine Unterstützung oder eine nur geringe Unterstützung haben.

Ich möchte kurz zwei Beispiele für den Ausbau der Strukturen geben. – Zum einen wird in der Bezirksregierung Köln in der Planungstagung der Medienberater die Beratung der Schulen bei der Medienkonzeptentwicklung ausgearbeitet für ein einheitliches Vorgehen in den Bezirken. Demnächst wird in der Dienstbesprechung Lehrerfortbildung in der Bezirksregierung Köln die Idee des Medienkonzepts auf Grundlage des Medienpasses vorgestellt, um das weitere Vorgehen der Planungstagung der Fachmoderatoren zu bestimmen und die Kooperationsmöglichkeiten der Fachmoderatoren und Medienberater zu eruieren. So kann den Schulen ein passgenaues Angebot gemacht werden, wenn diese ihren Fortbildungsbedarf formulieren.

Zum anderen konzipieren wir in Leverkusen zurzeit ein Gremium Medienbildung, in dem sich die Akteure vernetzen. Für diese beschriebenen Aufgaben, nämlich am Beispiel Leverkusen 45 Schulen zu beraten, zu begleiten, zu schulen, das kommunale Netzwerk zu organisieren, den Schulträger bei der Medienentwicklungsplanung zu unterstützen, in der Bezirksregierung bei den Planungstagungen mitzuwirken und landesweit an Veranstaltungen teilzunehmen, bin ich in Leverkusen mit sechs Stunden freigestellt. Es gibt dort kein Medienzentrum, das diese Arbeit ansonsten übernehmen würde. – Danke.

Dr. Uli Marienfeld (Rheinisch-Bergischer Verein Christlicher Schulen e. V., Düsseldorf) (Stellungnahme 16/2097): Ich werde ganz kurz aus der Perspektive ei-

ner Schule, dem Freien Christlichen Gymnasium, darstellen, welche Erfahrungen wir gemacht haben und welche Konsequenzen wir gezogen haben.

Uns ist es wichtig, Schule als einen geschützten Lebensraum zu entwickeln, und da der im 21. Jahrhundert stattfindet, gehört Mediennutzung vom ersten Tag an mit dazu. Es ist klar, wir wollen eine gewisse Einheitlichkeit. Es ist klar, wir brauchen immer eine Entwicklung. Insofern habe ich mich gefreut, zu hören, dass das Kollegium in breiter Basis ebenso wie Eltern und Schüler einbezogen sein müssen. Darüber hinaus müssen wir Medien nutzen und wissen, wo wir sie nicht nutzen.

Die Idee, eine Woche ohne Strom zu veranstalten, stammt von unserer Laptopklasse, um das Bewusstsein zu reflektieren, zu sagen, wann es sinnvoll einzusetzen ist. Es geht auch darum, dies in Fachkonferenzen zu debattieren. Das heißt, es geht darum, Medien im Gesamtkonzept der Persönlichkeitsentwicklung von jungen Menschen zu sehen. – Danke.

Dr. Nils Weichert (Wikimedia Deutschland, Berlin) (Stellungnahme 16/2041): Guten Tag! Hallo! Ich falle aufgrund der Organisation, für die ich heute spreche, wahrscheinlich etwas aus der Rolle. Ich möchte mich deshalb auf einen Schwerpunkt beschränken, nämlich auf die Produktion von freien Lernmitteln unter freier Lizenz für den Einsatz im Schulunterricht, wie es im Antrag heißt, für die wir uns natürlich sehr starkmachen.

Ich möchte aufgreifen, was Herr Kerres gesagt hat, dass nämlich Lehrerweiterbildung und Schulentwicklung zusammen gedacht werden müssen. Nicht anders ist es natürlich bei Lehr- und Lernmaterialien, die genau das befördern sollen oder nicht befördern können. Ich möchte hier ergänzen, dass vielleicht nicht an eine Plattform gedacht werden muss, die dort benannt wurde. Vielmehr geht es um einheitliche Standards, und diese müssen in irgendeiner Form etabliert werden. Wenn man daran denkt, dann hat man schon ein Stück weit eine kleine Neuerung, die vielleicht eine größere Bewegung in den Bildungssektor bringen kann, als das bisher der Fall war.

Wenn wir die Erarbeitung von Lehr- und Lernmaterialien öffnen, sie unter eine freie Lizenz stellen, die jedem ermöglichen, dass ein Arbeitsblatt, ein Curriculum oder vielleicht auch ein ganzes Buch weiterentwickelt, weiter verwendet und dann auch weitergegeben werden kann, dann sind dort viele Potenziale enthalten, die auf unterschiedlichen Ebenen für die Schule, für das Bildungssystem Innovationen hervorbringen können.

Inklusion steht als wichtiger Punkt auf der Agenda hier in Nordrhein-Westfalen. Das ermöglicht natürlich ein frei lizenziertes Lehr- und Lernmaterial, wenn man es für unterschiedliche Stufen anpassen kann und auch jeder Lehrerin und jedem Lehrer das Ganze ermöglicht. Chancengleichheit ist insofern ein großes Themenfeld, das mit einer Initiative, die in vielfältigen Stellungnahmen mit Pilotprojekten oder mit einer Förderstruktur benannt wird, angegangen werden kann.

Es gibt viele lizenzrechtliche Fragen, die eine Rolle spielen. Ich stimme nicht zu, dass die engen Schranken des Urheberrechts überwunden werden müssen, wie

Frau Faber gesagt hat. Vielmehr ist es eigentlich innerhalb des Urheberrechts eine Weiterentwicklung, also keine Überwindung, sondern eine Ergänzung dessen, was momentan schon da ist. Ich glaube, dass man in diesem Bereich als Bundesland vorgehen sollte; Berlin ist diesbezüglich schon weiter. Ich glaube, in vielen anderen Ländern gibt es schon Initiativen. – Danke schön.

Amina Johannson (Medienbildung, Düsseldorf) (Stellungnahme 16/2120): Meine Damen und Herren! Zu den technischen, pädagogischen und gesellschaftlichen Herausforderungen ist bereits viel gesagt worden. Wir arbeiten hier im Land natürlich schon seit Jahren in einem großen Netzwerk zusammen, und es zeigt sich hier an der Präsenz der Sachverständigen, dass man sich aufgrund der Arbeit miteinander kennt.

Ich werde all das Gute und Wichtige, das hier bereits erwähnt wurde, nicht noch einmal wiederholen, sondern mich auf den kommunalen Aspekt und auf die kommunal-staatliche Zusammenarbeit – diese spielt für den Landschaftsverband Rheinland in der Unterstützung der Kommunen eine wichtige Rolle – konzentrieren. Denn all das, was Sie jetzt mit diesem großen digitalen Reformvorhaben hier im Land anschieben wollen, ist wichtig, aber es muss auch bei den Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern und vor allen Dingen bei den Schulämtern vor Ort ankommen. Ich glaube, an diesem Punkt befinden wir uns an einer großen Bruchstelle der Beratung.

Ebenso wichtig wie die Lehrerfortbildung ist – das haben wir in dem Prozess der Implementierung des Medienpasses kennengelernt –, dass man die Schulträger – diese sind schließlich zuständig für die technische Ausstattung vor Ort – und die Kommunen – die Kommunen müssen schließlich das Geld in die Hand nehmen – von diesem digitalen Reformvorhaben der Bildungsinnovation überzeugt. Das ist ein zäher, aber lohnender Prozess. Dabei müssen die Schulämter, die Schulträger und die Liegenschaftsämter – diese bauen schließlich die Schulen auf und um, und dabei werden die entsprechenden digitalen Zugänge gelegt – Hand in Hand agieren; sonst funktioniert das, was man sich hier vorstellt, nachher vor Ort möglicherweise doch nicht so, wie man sich das hier im Land vorstellt.

In der Verantwortung des Landschaftsverbandes Rheinland gegenüber seinen Kommunen – das können Sie in unserer Stellungnahme zum Antrag nachlesen – müssen die kommunalen Unterstützungssysteme mitgenommen werden. Jetzt sage ich ausdrücklich nicht nur Medienzentren. Es ist so, wie es Herr Oppenhäuser als Lehrer, als Medienberater erlebt. Im Erlass steht, dass er mit seinem Medienzentrum zusammenarbeiten soll. Aber was soll er tun, wenn Leverkusen kein Medienzentrum mehr vorhält? All das ist wichtig, um das, was man pädagogisch vorhat, auch technisch zu realisieren. Wenn aber kein Medienzentrum vor Ort ist – und das ist oftmals der Fall –, fehlt ein Ansprechpartner, der gewillt ist, mitzuziehen. Insofern sollte man ein kommunales Mapping auflegen und konkret sagen, wer ansprechbar vor Ort ist, und wenn man ein Vorhaben ausschreibt, sollte man verbindlich festlegen, mit wem die Landesebene kommunal zusammenarbeitet. In der kommunale Verfasstheit dieses Landes – diese ist sehr komplex, und ich sie auch unseren Partnern gegenüber

oft erklären – können wir wirksamer sein, wenn wir wissen, wer vor Ort tatsächlich für die technische und pädagogische Umsetzung der Vorhaben zuständig ist.

Es ist nicht immer so, wie es auf dem Papier steht. Es ist manchmal eine willige Schulrätin, die Leiterin eines Kompetenzteams in der Lehrerfortbildung ist und auch ein Faible für Medien hat; dann hat man Glück. Wenn die dann auch noch mit dem Schulamt als Ausstatter zusammenarbeitet, das Medienzentrum mit an Bord nimmt und vereinbart, die Schulen entsprechend mitzunehmen, dann kommt es möglicherweise zu einer Kommunikation auch mit der Medienberatung NRW. In diesem Schulterschluss kann man solche Vorhaben wie Medienpass, LOGINEO, learn:line.nrw wirklich erfolgreicher umsetzen.

Darum fordern wir hier die kommunalstaatliche Zusammenarbeit ein. Die Vorhaben können nur in gemeinsamer kommunalstaatlicher Verantwortung erfolgreich umgesetzt werden. Darum gilt es, die kommunalen Medienzentren und im Ausgleich, sofern sie vor Ort nicht vorhanden sind, die anderen kommunalen Einrichtungen wie Schulämter und Schulträger in diesem Prozess entsprechend zu unterstützen und mitzunehmen. – Danke schön.

Jana Kausch (Initiative D21 e. V., Berlin) (Stellungnahme 16/2123): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich für die Einladung und freue mich, hier und heute die Sichtweise der Initiative D21 zur Bildungsinnovation 2020 zum Ausdruck zu bringen.

Digitale Medien werden heute in Beruf und Freizeit selbstverständlich genutzt. Das ist ein Zustand, der in der Schule alles andere als selbstverständlich ist. Ganz im Gegenteil: Ich würde sogar sagen, digitale Medien in der Schule sind die Ausnahme im bundesweiten Vergleich.

Genau hier beginnt das Paradoxon. Niemand von uns kann oder möchte auf die Vorteile neuer digitaler Technologien verzichten. Schülerinnen und Schüler zwingen wir gewissermaßen aber dazu, weil die Nutzung digitaler Medien in der Schule nicht verbindlich geregelt ist, von Eigeninitiativen einzelner Lehrerinnen und Lehrer oder Schulen abhängig ist und offen gesagt häufig einfach nicht stattfindet.

Im Hinblick darauf, dass die Schule die Kinder und Jugendlichen auf ein gesellschaftliches Miteinander vorbereiten sollen – genau genommen sogar auf eine Welt von morgen –, bedarf es eines vorwärtsgewandten Blickes und der Offenheit für Innovationen und Visionen. Daraus folgt, dass die souveräne Nutzung digitaler Medien einen festen Platz in der Schule finden muss. Wichtig ist hierbei eine interdisziplinäre, also fächerübergreifende Verankerung des digitalen Lernens.

Gestatten Sie mir an der Stelle einen Vergleich zur Medienkonvergenz. Der Einsatz heutiger IKT beschränkt sich nicht mehr nur auf bestimmte Anwendungen, zum Beispiel das Handy zum Telefonieren, den Laptop zum Verfassen von Texten oder den Fernseher, um sich zu informieren bzw. zu unterhalten. Heutige mobile Endgeräte eröffnen uns vielfältige Einsatzmöglichkeiten – Tendenz steigend. Daher darf sich der kompetente Umgang mit digitalen Medien auch nicht nur auf einzelne Fächer beschränken, sondern muss übergreifend zum selbstverständlichen Werkzeug werden.

Um digitales Lernen auch in der Bildungslandschaft zu implementieren, bedarf es unserer Auffassung nach folgender drei Aspekte – und ich denke mit dieser Ansicht stehen wir nicht allein, das haben wir jetzt schon häufiger gehört –: Erster Punkt: Infrastruktur. Es bedarf einer zeitgemäßen IT-Ausstattung in den Schulen und einer zeitgemäßen Lehr- und Lernumgebung. Der Einsatz von IKT kann sich darüber hinaus nicht länger auf separate PC-Räume beschränken. Es ist wichtig, IKT als ergänzendes Werkzeug mobil zu nutzen und damit auch einen individuellen Zugang zu gewährleisten.

In dem Zusammenhang möchte ich von einer Eins-zu-eins-Ausstattung sprechen, das heißt, ein mobiles Endgerät tatsächlich für jeden Schüler und jede Schülerin bereitzustellen. Ich meine damit nicht eine Ausstattung von staatlicher Seite, das heißt gekoppelt mit dem Bring-Your-Own-Device-Ansatz und einer Bereitstellung mobiler Geräte, also im Prinzip eine Hybridlösung.

Zweiter wichtiger Punkt – auch dies wurde schon häufiger genannt – ist die strukturelle Verankerung, das digitale Lernen in fächerübergreifenden schulischen Curricula. Es bedarf der Entwicklung schulischer Curricula sowie Medienkonzepten, welche das Lernen mit und über digitale Medien fächerübergreifend und verbindlich regeln. Darüber hinaus bedarf es auch einer Evaluation, inwiefern diese Curricula auch tatsächlich Eingang in den Unterricht finden; denn Theorie und Praxis liegen an der Stelle häufig weit entfernt voneinander.

Dritter wichtiger Punkt ist die Medienbildung der Lehrer, die Verankerung des digitalen Lernens in der Lehreraus- und -fortbildung. Das ist ein ganz wichtiger Punkt; denn man muss beide Aspekte bedenken, sonst bringt das alles gar nichts. Das heißt, ein weiterer elementar wichtiger Aspekt ist die Lehreraus- und -fortbildung, die unter Punkt eins und zwei genannten Bereiche sind sonst im Kontext wirkungslos.

Zum dritten Punkt, also der Lehreraus- und -fortbildung, möchte ich ergänzen, dass auch die Punkte „Nachhaltigkeit“, „Reichweite“ und „Aktualität“ eine wichtige Rolle spielen.

Zur Nachhaltigkeit. Es sollte evaluiert werden, ob und wie die vermittelten Kompetenzen auch tatsächlich Anwendung in der Schul- und Unterrichtsentwicklung finden. Denn das irgendwo festzuschreiben, sichert noch lange nicht, dass es tatsächlich auch im Unterricht Einsatz findet und damit auch die Schülerinnen und Schüler erreicht.

Reichweite und Verbindlichkeit. Ich stelle die Fragen: Inwieweit werden Lehrkräfte durch Fortbildungsangebote überhaupt erreicht? Wie werden Informationen zu Fortbildungsinitiativen innerhalb der Schulen kommuniziert und die Teilnahme auch durch Anreize gefördert? – Auch das haben wir bereits gehört: Man muss das auch irgendwo honorieren und Abgeltungsstunden dafür bereitstellen. Lehrer müssen über vorhandene und zukünftige Bildungsangebote im Kontext der Medienbildung informiert werden, um Angebote überhaupt wahrnehmen zu können.

An dieser Stelle möchte ich einen Bezug bringen zum eGovernment MONITOR 2014, einer Studie der Initiative D21, welche genau heute vorgestellt worden ist und die Nutzung und Akzeptanz von elektronischen Bürgerdiensten untersucht. Eine we-

sentliche Barriere bei der Nutzung elektronischer Bürgerdienste ist das fehlende Wissen über entsprechende Angebote. Ich glaube, das lässt sich wunderbar übertragen auf den Bildungsbereich und die Fortbildungsangebote. Wenn ich nicht davon in Kenntnis gesetzt werde, dass es dieses und jenes gibt, kann ich es auch schlecht nutzen.

Letzter Punkt dazu: Umfang und Aktualität der Inhalte. Neben der Frage der zu vermittelnden Inhalte und Kompetenzen zum Thema „digitales Lernen“ muss auch die regelmäßige Anpassung an eine sich ständig weiterentwickelnde digitale Gesellschaft bedacht werden. Die Entwicklung hin zu einer digitalen Gesellschaft muss auch in der Bildungslandschaft zum Ausdruck kommen. Daher muss eine Offenheit und Bereitschaft in Bezug auf innovative Lehr- und Lernumgebungen auf allen Ebenen erreicht werden – beim Bund, den Ländern, den Trägern und letztlich den Schulen selbst. Im Hinblick auf eine digital souveräne Gesellschaft und der damit verbundene Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands sollten alle erdenklichen Unterstützungsleistungen genutzt werden, um das Thema „digitales Lernen“ in der Schule voranzutreiben – ein Thema, welches uns als Initiative D21 besonders wichtig ist. – Danke schön.

Friedhelm Rachner (Evangelisch Stiftisches Gymnasium, Gütersloh) (Stellungnahme 16/2070): Ich möchte nur kurze Momente aus unserer Stellungnahme aufgreifen und sie etwas ergänzen; ansonsten verweise ich auf unsere Stellungnahme.

Wir haben seit 15 Jahren Erfahrung mit dem Thema „Laptop in der Schule“. Wir haben einen schuleigenen Labserver und in der gesamten Schule ein WLAN-System, das darauf basiert. Alle unserer Schüler zwischen Klasse 7 und 10 sind im Besitz eines Laptops. Wir haben ein Laptop-Curriculum, das integriert ist in die Kernlehrpläne der Jahrgangsstufen, und wir haben, um unsere medienkritische Erziehung weiter zu unterstützen, Lehrer, Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler zu Medienscouts ausgebildet.

Unser Jubiläum, zu dem ich gerne einladen möchte, wird begleitet von einem wissenschaftlichen Symposium von Theoretikern und Praktikern aus diesem Bereich und findet am 5. und 6. März in Gütersloh statt; weitere Informationen finden Sie auf unserer Webseite.

Ich las in einigen Stellungnahmen vom freien Zugang zum Internet. Davor möchte ich warnen. Wir kontrollieren diesen Zugang, um bestimmte Seiten zu verhindern. Wir haben einen Vertrag mit den Eltern. Die Laptops sind natürlich auch zu Hause zu benutzen, und da liegt der Zugang dann in der Verantwortung der Eltern. Wir haben über unseren Server keinen Zugang zu den sogenannten sozialen Netzwerken und auch keinen Zugang zu Youtube. Das hat vor allem bei Youtube etwas mit der Datenmenge zu tun, die dort abgegriffen würde.

Zu Open Educational Resources. Dabei sind zwei Aspekte: Qualitätskontrolle und der Kostenaspekt bei der Erstellung und betreffend die Endgeräte für unsere Schüler. Unsere Schüler finanzieren in einem Mietkaufverfahren diese Geräte, und diese Geräte in der Schule können und dürfen nur professionelle Geräte sind. Diese kann

man nicht billig in einem Supermarkt erwerben; sonst kann man sich nach einem halben Jahr davon verabschieden. Damit Sie eine Kostenvorstellung bekommen: In der ersten Hälfte der Jahrgangsstufe 7 werden die Geräte ausgeliefert. Diese werden nach einem Vorschlag von Fachleuten von Laptopbeiräten der Eltern ausgewählt, und in einem Mietkaufverfahren – monatlich sind es rund 30 € – erwerben die Schüler diese Geräte mit allen Lizenzen im zehnten Schuljahr.

Axel Kühnlenz (Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung, Frankfurt/Main) (Stellungnahme 16/2096): Ich spreche hier für den Deutschen Bildungsserver, und aus dieser Perspektive möchte ich mich auf lediglich zwei der hier zur Diskussion stehenden Vorstellungen im Antrag der Piratenfraktion äußern, die von überregionaler Bedeutung sind.

Zunächst ist es mir wichtig, zu unterstreichen, dass mit dem Deutschen Bildungsserver eine zentrale Nachweisstruktur für Bildungsmedien im Internet bereits seit den 90er-Jahren besteht. Ferner pflegen wir auf operativer Ebene als Deutscher Bildungsserver sehr enge Kooperationsbeziehungen zu den Ländern in Gestalt der Landesbildungsserver, darunter auch zu learn:line.nrw. Hier gibt es eine enge Zusammenarbeit sowohl auf technisch-infrastrukturellem Gebiet als auch auf der inhaltlichen Ebene.

Im Kontext dieser Kooperation sind Initiativen entstanden, die zur Herausbildung einer bundesweiten Plattform geführt haben, die bereits realisiert ist. Die wesentliche Anforderung an eine solche zentrale Nachweisplattform besteht darin – das möchte ich von einem zentralen Repositorium unterscheiden; da stimme ich mit Herrn Kerres überein, denn das wäre keine wünschenswerte und auch keine realistische Entwicklung –, dass sie im Sinne Referatoriums funktioniert. Das heißt, eine koordinierte Nachweisstruktur für digitale Unterrichtsmedien ist bereits vorhanden, sie ist aufnahmefähig und für etwaige Wünsche aus der Politik ausbaufähig, um umfangreichere Datenbestände darzustellen.

Um das mit einer Zahl zu adressieren: Bislang sind bereits 55.000 digitale Objekte, die mit Steuergeldern finanziert und durch die Länder und den Deutschen Bildungsserver erarbeitet wurden, auf dieser Plattform „Elixier“ verfügbar. Davon sind 5.000 freilizensierte Lehr- und Lernobjekte, also sogenannte OER.

Die Empfehlung aus dem Papier der Piratenfraktion zur stärkeren Förderung offener Bildungsmaterialien und Verfügbarkeit von OER unterstützen wir ganz entschieden. Wir sehen hier einen ganz wichtigen Handlungsbedarf. Es ist auch bereits auf der politischen Agenda angekommen: Die KMK berät im Dialog mit dem BMBF hierüber bekanntlich.

Sollte sich die Politik hier positionieren und eine OER-Policy aufsetzen – das ist meine Rede pro domo, damit schließe ich auch –, sollte an bestehende Strukturen, wie ich sie eben skizziert habe, und auch Qualitätssicherungsmodelle angeknüpft und über eine Mandatierung und entsprechende Ausstattung dieser Initiativen nachgedacht werden. – Vielen Dank.

André Spang (Kaiserin-Augusta-Schule, Köln) (Stellungnahme 16/2092): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich danke Ihnen für die Einladung und die Möglichkeit, hier Stellung zu nehmen. – Es freut mich sehr, dass hier vor allem Vertreter der Schulen anwesend sind; denn die gehören hierher. In meiner Argumentation stütze ich mich, da ich selbst aus der Schule komme, auf langjährige Praxiserfahrung im Einsatz digitaler Medien als Lehrender am Gymnasium – in dem Fall an der Kaiserin-Augusta-Schule in Köln –, aber auch an Hochschule und Universität.

Mein Schwerpunkt liegt ganz klar auf der schulischen Bildung, und dabei geht es um Kompetenzen. In Bezug auf die Bildung in einer medial geprägten Gesellschaft im 21. Jahrhundert sehe ich selbst vier Kernkompetenzen, die mit K anfangen und für mich im Mittelpunkt stehen. Erstens ist es die Kommunikation, zweitens das kritische Denken, drittens die Kreativität und viertens die Kollaboration.

Um die Lernenden dabei zu unterstützen, diese Kompetenzen zu erlangen, bedarf es entsprechender Lernsettings und Infrastrukturen; das haben wir schon vielerorts gehört. Ich bin freundlicherweise auch schon zitiert worden von Frau Prof. Faber, dass die Schule kein Elfenbeinturm sein darf. Dies gilt heutzutage mehr denn je. Deswegen bedarf es eben dieser Settings und vor allem der konstruktiven, produktiven Nutzung der Medien im Unterricht, also nicht nur als Inhalt, sondern als konkrete Nutzungsszenarien.

Handlungsbedarf sehe ich konkret in der Bereitstellung von notwendigen Infrastrukturen; Breitbandanschluss ist ein Schlagwort, aber auch WLAN, um mobile Endgeräte, die es heutzutage gibt und die sich in fast jeder Schülertasche befinden –ob das gut oder schlecht ist, sei dahingestellt –, im Unterricht produktiv einsetzen zu können. Stichwort: BYOD, Bring Your Own Device.

Darüber hinaus geht es um die Bereitstellung entsprechender Bildungsmaterialien digitaler Art: Denn ich als Lehrer weiß sehr wohl, dass ich ohne meine Unterrichtsmaterialien wenig tun kann. Wenn ich zwar Geräte, aber keine digitalen Materialien habe, dann bringt mir das nicht wirklich viel, und dabei werden die meisten Kollegen auf ihr erstes Problem stoßen. Digitale Bildungsmaterialien müssen nicht zwingend OER sein. Meines Erachtens muss das parallel existieren und verfolgt werden.

Zur Bereitstellung entsprechender Arbeitsplattformen, also Cloud-Lösungen, Arbeitsplattformen. Wenn wir digitale Geräte und Medien nutzen, dann müssen wir auch auf Plattformen arbeiten. Diese müssen Datensicherheit gewährleisten, aber wir müssen auch im Blick behalten, dass es soziale Netzwerke gibt, die von den Schülern auch genutzt werden. Ich finde es wichtig, dass wir diese nicht verbieten, sondern wirklich konkret in den Blick nehmen. Dies können wir aber nur, indem wir die Dinge tun. Denn das wissen wir alle am besten: Wir lernen Dinge nur, indem wir sie tun. Das ist eigentlich der wichtigste Punkt.

Damit komme ich zum Schluss, nämlich zu den innovativen Lern- und Fortbildungsangeboten. Wir haben schon von Herrn Prof. Kerres schon gehört, dass Fortbildung es nicht alleine ist. Denn wir alle – und das gilt gerade in der Schule – sind eine lernende Organisation, und daher müssen auch die Lehrenden lernen in dieser Welt,

die sich immer schneller dreht. Wir müssen das Ganze eigentlich neu denken. Das ist sehr sportlich und schwierig, aber dem müssen wir uns stellen. Rethink Education bedeutet für mich eine Umstrukturierung der schulischen Bildung. Innovationen müssen mit Mut vorangebracht werden. Dazu brauchen wir Sie. Ressourcen müssen bereitgestellt werden, um Deutschland in diesem Bereich zukunftsfähig zu machen. – Vielen Dank.

Iris Witt (Landesverband der Volkshochschulen von NRW e. V., Düsseldorf) (Stellungnahme 16/2119): Vielen Dank für die Möglichkeit, die Sichtweise des Landesverbandes der Volkshochschulen und damit auch der Erwachsenenbildung hier darstellen zu dürfen.

Der Landesverband der Volkshochschulen unterstreicht: Digitale Bildung im Sinne eines sicheren technischen und inhaltlichen Umgangs mit digitalen Medien ist ein Schlüsselfaktor für die individuelle und gesamtgesellschaftliche Entwicklung. Es geht hier um einen umfassenden Begriff der digitalen Bildung. Erstens: die Förderung der Anwendungskompetenz. Zweitens: die Auseinandersetzung mit den sozialen, politischen und kulturellen Auswirkungen von Informations- und Kommunikationstechnologie.

Für einen adäquaten Umgang mit Informations- und Kommunikationstechnologien ist eine breite Bildung notwendig. Gefordert sind hier Angebote von allgemeiner, berufsbezogener, aber auch politischer Bildung. Hier unterstützen wir die Rede von Frau Appelhoff der Landesanstalt für Medien zum Thema „Analysieren und Reflektieren“ stark.

Die Volkshochschulen in NRW bieten bereits ein breites Angebot zur technischen Anwendungskompetenz digitaler Medien, und auch schaffen sie bereits erste Formate für einen kritischen Diskurs zum Thema „Digitalisierung“. Der Einsatz von eLearning-Instrumenten ist landesweit aber noch sehr unterschiedlich ausgeprägt und teilweise auch wenig entwickelt. Einige Schulen und vor allem die Hochschulen des Landes sind da deutlich aktiver. Wir empfehlen eine kontinuierliche prozessbegleitende Evaluation und eine Rückkopplung der Ergebnisse in alle Bildungssektoren und schlagen daher einen bildungsbereichsübergreifenden Beirat mit dem Namen „Digitale Bildung NRW“ vor. – Vielen Dank.

Vorsitzender Wolfgang Große Brömer: Danke schön, Frau Witt. – Das war jetzt das letzte Eingangsstatement der Sachverständigen, sodass wir jetzt in die erste Fragerunde eintreten. – Bitte schön, Frau Pieper.

Monika Pieper (PIRATEN): Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal ganz herzlichen Dank für Ihre schriftlichen Stellungnahmen und Ihre mündlichen Ausführungen heute.

Der Antrag unserer Fraktion ist inzwischen fast ein Jahr alt. Hier in NRW ist unserer Meinung nach in der Zwischenzeit nicht richtig viel passiert, aber es hat durchaus Entwicklungen gegeben. Der Bundesrat hat sich mit der Initiative der Europäischen

Kommission „Die Bildung öffnen“ beschäftigt und eine kritische Stellungnahme dazu abgegeben. Auch hier sieht die Landesregierung bisher keine Relevanz der Mitteilung für ihre Arbeit.

Den Themenbereich „digitales Lernen“ hat auch die Bundesregierung inzwischen in ihrer digitalen Agenda aufgenommen. Sie hat angekündigt, gemeinsam mit den Ländern und weiteren Akteuren aus allen Bildungsbereichen eine Strategie „Digitales Lernen“ zu entwickeln, die die Chance der digitalen Medien für gute Bildung entschlossen nutzt, weiterentwickelt und umsetzt.

Vor diesem Hintergrund freut es uns, dass wir heute die Gelegenheit haben, uns zu diesem zukunftsweisenden Thema hier auszutauschen. Es schließen sich eine Reihe Fragen an. Ich fange mit einer Frage an Herrn Dr. Weichert von Wikimedia an. Sie haben sich gerade ganz deutlich für die Nutzung von Lernmitteln unter freier Lizenz ausgesprochen. Ich möchte gerne wissen, wie Sie sich das in Bezug auf Organisation, Entwicklung und Produktion dieser Medien vorstellen. Was kann Politik tun, um diese Entwicklung zu unterstützen?

Herr Prof. Kerres, Sie haben gerade über Fortbildungsmaßnahmen gesprochen, die nicht ausreichend sind. Ich möchte wissen, welche Alternativen Sie sehen. Wie können wir handeln, um eine bessere Versorgung bei den Lehrern herzustellen?

Frau Witt, Sie haben ausdrücklich Förderinstrumente der Landesregierung zum Einsatz von OER in der Weiterbildung gefordert. Ich möchte gerne wissen, wie Ihrer Meinung nach solche Förderinstrumente aussehen könnten.

Frau Johansson, Sie sprachen gerade davon, dass die kommunalen Träger als Ansprechpartner eingesetzt werden müssen. Sie sprachen aber auch davon, dass es Kommunen gibt, die sozusagen ein Faible dafür haben. Haben Sie eine Idee, wie man das verbindlich gestalten kann? Denn es nutzt nichts, wenn wir nur vereinzelt Kommunen haben, die das gerne machen, weil sie jemanden, der an der richtigen Stelle sitzt und Spaß daran hat. Ich denke, wir müssen das flächendeckend sicherstellen, damit die Kommunikation klappt. – Herzlichen Dank.

Sigrid Beer (GRÜNE): Auch ich sage herzliche Dank im Namen meiner Fraktion für Ihre Stellungnahmen und für Ihre Beiträge im Rahmen dieser Anhörung.

Ich möchte Herrn Prof. Kerres und Herrn Heinen fragen, was eigentlich im Zentrum steht. Die Frage der Schulentwicklung – das habe ich bei vielen herausgehört – ist die zentrale Frage. Es geht nicht so sehr um Technologietransfer, sondern um die Frage von Kulturtechniken, von Literacy, aber nicht – Frau Faber hat das auch ausgeführt – um Medienplanung, die abhängig von den Lebenszyklen der Gerätschaften ist. Also, welchen Stellenwert in Unterrichtsentwicklung hat das, und welche didaktische Einbettung muss das haben als Thema der individuellen Förderung, unterschiedliche Mediennutzung miteinander zu kombinieren? Wo sehen Sie da die Bedarfe, und was kann diese Diskussion zum Thema der individuellen Förderung beitragen?

Ich habe, wenn ich das zugespitzt sagen darf, manchmal das Gefühl, dass die Frage der Anwendungskompetenz nicht das Problem der Kinder und Jugendlichen ist.

Vielmehr geht es in der Tat um die Frage der kritischen Mediennutzung und Einbettung, die wir regeln müssen und an der wir arbeiten müssen. Das ist im Rahmen einer Verbraucherbildung, im Rahmen der Medienbildung der wesentliche Punkt. Daher an Herrn Vaupel die Frage: Wie kriegen wir diese Fokussierung auf diesen Punkt hin? Ich sehe eher das Problem, dass Lehrer und Lehrerinnen immer noch mit Anwendungsproblemen unterwegs sind, aber diese andere Frage nicht geregelt ist. Wir müssen die Schülerinnen und Schüler stärker in den Fokus nehmen.

Herrn Oppenhäuser, wie viel Zeit nimmt die individuelle Förderung bzw. die didaktische Einbettung in Ihrer Unterstützung und Beratung der Schulen eigentlich ein? Was wird da vorrangig gefragt?

Herr Rachner, ich habe einmal nachgerechnet, was Sie hier dargestellt haben. Knapp 1.500 € legen die Eltern zwischen der siebten und zehnten Klasse hin, inklusive Softwarenutzung, nehme ich an. Wenn ich mir jetzt die klassischen Geräte anschau und ein Schüler bzw. Studi-Paket, ein Office-Paket und ein Betriebssystem nehme, dann liegen die Kosten weit unter diesem Preis, der am Ende der zehnten Klasse anfällt. Dann kann es sein, dass die Geräte nach einigen Jahren veraltet sind, dass es keine Aktualisierungen fürs Betriebssystem mehr gibt oder dass die Programme nicht mehr kompatibel sind. Was ist also mit dem Nachhaltigkeitsfaktor in einem solchen Konzept der persönlichen Nutzung von Gerätschaften? Müssen wir uns nicht viel stärker an dem orientieren, was die Schülerinnen und Schüler auch privat nutzen, was sie also in ihren Taschen dabei haben?

Mich interessiert auch, wie wir den Spagat zwischen sozialer Gerechtigkeit und Anschlussfähigkeit hinbekommen. Diese Frage möchte ich an Frau Faber und Herrn Vaupel adressieren. Wie sehen Sie das, Herr Rachner? Wenn ich Elternteil wäre, würde ich stark ins Rechnen kommen, wenn ich mir über die Anschaffung und Nutzungsfähigkeit dieser Gerätschaften Gedanken machen würde.

Ingola Schmitz (FDP): Auch vonseiten der FDP-Fraktion herzlichen Dank für Ihre schriftlichen und mündlichen Beiträge. – Frau Appelhoff, Sie hatten die Frage der Qualitätssicherung bei veränderten und weiter zu verbreitenden OERs als eine Problematik angesprochen. Besteht aus Ihrer Sicht eine tatsächliche Möglichkeit, dies weitgehend auszuschließen, oder handelt es sich bis zu einem gewissen Grad nicht auch um eine mögliche negative Begleiterscheinung, die letztlich schwerlich zu verhindern ist?

Es ist also vollkommen richtig, was Sie sagen: Risiken muss man sehen, wenn man Chancen nutzen will.

Renate Hendricks (SPD): Auch einen herzlichen Dank von der SPD-Fraktion für Ihr Dasein und auch für Ihre umfänglichen Stellungnahmen. – Es ist ein umwälzendes Thema, mit dem wir uns hier beschäftigen, und es ist mittlerweile auch in der Gesellschaft angekommen; das konnte man den Stellungnahmen heute gut entnehmen. Aber es ist – und das ist etwas, was ich heute für mich mitnehme – in der Schule vielleicht nicht so angekommen, wie es wirklich hätte angekommen können. Wenn ich mir so überlege, welche Initiativen in den letzten Jahren gelaufen sind – ich erin-

neren an „Schulen ans Netz“; das war eine der ersten Initiativen, aus der auch die Laptopklassen resultieren –, dann kann ich heute festhalten, dass in der Zwischenzeit ein Umdenken an dieser Stelle begonnen hat. Denn in der Tat hat jeder Schüler ein digitales Gerät in der Tasche, und häufig sind die Schüler weiter als die Lehrer und Lehrerinnen. Dann stellt sich für mich die nächste Frage: Wenn Schüler und Schülerinnen weiter sind als Lehrer und Lehrerinnen, wie können wir die Widerstände überwinden, die nach wie vor ganz offensichtlich in Schule vorhanden sind, um Medien einzusetzen?

Das knüpft an das an, was meine Kollegin Beer eben gesagt hat, nämlich an das Thema Schulentwicklung. Wie kann man Schulentwicklung so voranbringen, dass der Mehrwert von digitalem Lernen für Lehrer und Lehrerinnen sichtbar wird? Das ist eine Frage, die ich jetzt auch wirklich ganz ernsthaft nochmal an Sie wende.

Herr Kerres, was passiert eigentlich in der Lehrerbildung? Denn wir stellen in den nächsten Jahren in großen Zahlen junge Lehrer und Lehrerinnen ein, die dann über viele Jahre auch das Geschehen an unseren Schulen mitgestalten werden, und eine Veränderung von Schule gegen Lehrer habe ich bisher sehr selten erlebt. Also mit anderen Worten: Wenn man Schule verändern will, dann muss man sie mit Lehrern und Lehrerinnen verändern. Was kann man unter Umständen in der Ausbildung verändern, damit den Ansätzen im Hinblick auf individuelles Lernen, auf parzelliertes Lernen, auf Lernen an unterschiedlichen Orten – dabei geht es auch darum, auf unterschiedliche Lernbereitschaften von Schülern und Schülerinnen zu reagieren – zukünftig besser entsprochen werden kann?

Frau Witt, ich habe an Sie eine Rückfrage. Herr Vaupel hat in seiner Stellungnahme darauf hingewiesen, dass gemeinsam mit den Volkshochschulen ganz gezielt Lehrerfortbildung gemacht wird. Inwiefern können Sie als Verband der Volkshochschulen diese Fortbildung für Lehrer und Lehrerinnen forcieren? Wie stark ist diese nachgefragt?

Die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände, aber auch die Vertreter der kommunalen Medienzentren möchte ich fragen: Was sind für Sie zurzeit die herausragenden Fragestellungen: die Frage der Ausstattung, die Frage des Servers, die Frage der Breitbandanbindung? Mit welchen Fragen werden Sie seitens der Schulen konfrontiert? –Herzlichen Dank.

Klaus Kaiser (CDU): Auch seitens der CDU-Fraktion ein herzliches Dankeschön für die Statements und die Berichte, die vorgelegt worden sind. – Die Fragestellung, die hier aus den Berichten deutlich wurde, ist folgende: Wie erreichen wir eine flächendeckende Implementierung auf hohem Niveau?

Man kann den Stellungnahmen entnehmen, dass viel unterwegs, vieles nebeneinander ist. Wie kriegen wir es hin, dass wir die Chance der Digitalisierung als Standortfaktor für den Wirtschaftsstandort Deutschland sehen? Wie können wir gleichzeitig erreichen, dass unsere Schülerinnen und Schüler den kritischen Umgang, also das Verstehen dieser Medien im engeren Sinne, erlernen? Das scheinen mir die wesentlichen Aufgaben zu sein.

Eingangs ist gesagt worden, man sieht nicht, dass es nach vorne geht. Wahrscheinlich liegt das auch daran, dass es vom Prozess her nicht so ganz einfach ist. Es geht um die Fragen der Infrastruktur, die Fragen der Inhalte. Es ist schließlich eine Frage, die alle Fächer betrifft und nicht nur die EDV-Freaks.

Zum Support. Nur weil man weiß, dass es irgendwo irgendwelche Fortbildungen gibt, ist das noch nicht unbedingt gelebte Wirklichkeit, sondern vielmehr etwas, was vielleicht Freaks nach vorne bringt. Wir können nicht darauf verzichten, zu sagen, dass das gelebte Wirklichkeit an jeder Schule werden muss. Das ist vielleicht etwas, was für den Schulträger schwierig ist, weil die Ressourcen natürlich begrenzt sind.

Vor diesem Kontext ist für mich eine Frage an alle wichtig, um eine erste Einschätzung zu bekommen: Welche Aufgabenstellung oder welchen Ratschlag würden Sie an die Landespolitik geben, was erste Priorität haben sollte? Wie sähe Ihrer Meinung nach ein Aufgabentableau aus, auf dessen Basis man das weiter arbeiten könnte? Was würden Sie uns mit oberster Priorität empfehlen?

Vorsitzender Wolfgang Große Brömer: Mir liege keine weiteren Wortmeldungen seitens der Abgeordneten vor. Damit können wir in die Beantwortung der Fragen einsteigen.

Prof. Dr. Angela Faber (Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen): Zum Stichwort „Bring Your Own Device“. Darüber müssen wir nachdenken.

Frau Hendricks, Sie fragten: Was sind letztendlich die herausragenden Fragen, vor denen wir stehen? – Aus Sicht der kommunalen Spitzenverbände sind das vielleicht drei Dinge.

Erstens. Wie kriegen wir die Verknüpfung hin? Es ist klargeworden, hier muss einiges Hand in Hand gehen; Stichwort: kommunalstaatliche Verantwortungsgemeinschaft. Es geht nicht, zu sagen: Wir brauchen erst die Geräte, und dann machen wir etwas anderes. – Das ist, glaube ich, sehr deutlich geworden. Wir brauchen also diese Verknüpfung und dabei auch die Einbeziehung der regionalen Bildungsnetzwerke.

Zweitens brauchen wir eine sichere Kommunikationsplattform in den Schulen. Das ist auch das, was auch Herr Vaupel angesprochen hat. Zurzeit gibt es das Projekt „LOGINEO“, das sich in der Pilotierung befindet. Wir brauchen eine sichere Kommunikationsplattform in den Schulen, und dazu bedarf es der Anstrengung aller Beteiligten.

Drittes nenne ich die Frage: Wie gelingt es, dieses Thema zu einem ureigensten Thema für alle Lehrer zu machen, dass sie das wirklich auch als ganz große Herausforderung sehen?

Herr Kaiser, Sie fragten, welchen Ratschlag wir der Landesregierung geben könnten. Ich kann Ihnen ehrlich gesagt nichtsagen, was erste Priorität hat. Vielleicht ist es die sichere Kommunikationsplattform. Ansonsten wäre es meiner Meinung nach das Auflegen einer Strategie mit allen Beteiligten. – Danke.

Wolfgang Vaupel (Medienberatung NRW, Düsseldorf): Es entstand eben der Tenor, dass wir in Nordrhein-Westfalen nicht schnell genug sind, dass wir nicht überall gleich gut in den Schulen ankommen und dass – ganz lax formuliert – nicht so viel passiert ist. Ich mache das jetzt seit 15 Jahren, und noch im letzten Jahr fand eine Anhörung hier statt, in der es um die Frage der Lernmaterialien ging. In dieser Anhörung wurden Positionen von Experten geäußert, die genau diese Dinge grundsätzlich infrage gestellt haben. Ich glaube, die Schulen sind nicht schneller als wir selbst. Wir müssen es verstehen, und wir müssen auch realistisch mit uns selbst umgehen.

Ich habe 17 Jahre unterrichtet. Ich kenne die Verhältnisse in den Schulen, was gerade solche Ausstattungs- und Medienfragen angeht, nicht mehr im Einzelnen. Ich kenne aber Schulen, in denen das unheimlich gut funktioniert und alle Lehrer mitziehen. Warum? – Weil sie zum Beispiel die Raumbuchung gar nicht anders machen können als über eine entsprechende Plattform, die die Schule bereitstellt. Und wer das einmal verstanden hat, der wird einen Teufel tun und das nicht nutzen. Denn sonst steht er davor und muss zuschauen, wie andere Kollegen das nutzen.

Ich will darauf hinaus, dass wir von den Lehrern und den Schulen etwas verlangen, aber gleichzeitig die fünf Handlungsfelder, die ich eben kurz skizziert habe, gar nicht zu Ende gedacht haben. Ich meine, wenn die Inhalte, die Geräte, die Infrastrukturzüge und die Arbeitsplattformen nicht zusammenpassen, wie soll das dann ein Lehrer nutzen können? Ich kann die Leute gut verstehen. Ich habe auch Freunde in meinem Umfeld, die mir dann abends bei einer Fete sagen: Was du da immer erzählst, das geht bei mir ja gar nicht. – Soll ich ihnen dann einen Vorwurf machen? Das geht dann wirklich nicht.

Wir müssen einfach zu Ende denken und auf den Handlungsfeldern Antworten geben. Es müssen nicht für jede Schule die gleichen Antworten sein. Da muss weiterhin Flexibilität möglich sein. Aber ich glaube nicht, dass man – das wollte auch niemand – Lehrern oder Schulen einen Vorwurf machen kann. So wie wir das und deren Umgebung gestalten, können wir nicht verlangen, dass sich jeder ganz selbstverständlich darauf einlässt. – Das auch zur Frage der Widerstände in den Schulen.

Die Frage, wie man Schule selbst organisiert, hat viel mit Schulentwicklung zu tun. Diese Werkzeuge sind schließlich Werkzeuge auch von Teilhabe, von Partizipation und von Kommunikation. Eine Schule, die sich so organisiert, ist sehr viel transparenter. Da können Menschen viel mehr mitwirken, da können Eltern viel genauer sehen, was da überhaupt passiert. Ich kenne das Gymnasium Filder Benden, ich kenne eine Gesamtschule in Hennef. Das sind immer nur ein paar, die ich kenne, und da sind es natürlich wieder Leuchttürme, aber diese Infrastruktur muss so sein, dass Schule so arbeiten kann.

Zur Medienkompetenz. Von vielen Seiten wurde gesagt, die Handhabung würden alle beherrschen, aber die kritische Reflektion dessen, müsse man stärker angehen. Da möchte ich gerne meinen Kollegen André Spang zitieren und sagen: Wie soll man das machen, wenn man es nicht nutzt? – Das heißt, diese Diskussion über Analyse und Reflektionsfähigkeit finde das richtig, aber wie entsteht denn diese Kompetenz? – Doch nur dadurch, dass man Medien im Geschichtsunterricht nutzt, im Religionsunterricht nutzt und dass man sie ganz selbstverständlich nutzt und dann fest-

stellt, dass man das, was im Internet über die Französische Revolution steht, so nicht glauben kann, weil man nämlich selbst weiß, dass es anders war. Ich will damit sagen, Reflektion ist eine Metaebene, die dann entsteht, wenn wir das wirklich in voller Breite in allen Fächern nutzen. Das ist so ähnlich wie im Straßenverkehr: Man erwirbt den Führerschein nicht, um den Führerschein zu haben, sondern man erwirbt ihn, um damit zur Arbeit fahren zu können, also mit dem Auto. Das heißt, diese Kompetenz entsteht über das Tun, und das Tun müssen wir ermöglichen, weil wir auf diese Art und Weise Schule besser organisieren können. Das hat viel mit Schulentwicklung zu tun.

Was Bring Your Own Device angeht, so sitzt der Fachmann neben mir.

Prof. Dr. Michael Kerres (Fachbereich Bildungswissenschaften der Universität Duisburg-Essen, Duisburg): Ich will es auch noch mal zuspitzen. Wir könnten im besten Falle ein Kollegium haben, in dem 100 Lehrpersonen beschäftigt sind, die alle über die individuelle Kompetenz verfügen, um das anzuwenden und auch kritisch zu reflektieren. Aber trotzdem würde an dieser Schule nichts passieren. Das ist sozusagen das Dilemma, in dem wir uns bewegen.

Wir haben auch Befunde aus dem Hochschulbereich und anderen Bereichen, wo wir folgende Erfahrung gemacht haben: Wenn wir nur auf die individuelle Kompetenzentwicklung setzen, kommen wir mit dem System „Schule“ oder „Hochschule“ nicht weiter. Deswegen plädiere ich dafür, Lehrerfortbildung konsequent in weitere Maßnahmen einzubetten.

Ich sage das auch deswegen, weil meine Beobachtung ist, dass durch die Kompetenzteams usw. auch vieles in der Fortbildung, in der Fläche passiert. Ich beziehe mich jetzt aber auf ein EU-Projekt zu „Bring Your Own Device“, in dem wir mit Schulen zusammenarbeiten. Wir wissen nicht, wie Schulen in dem Prozess begleitet werden. Was die Begleitung dieser Schulen angeht, so kann ich hier in Nordrhein-Westfalen eigentlich nicht erkennen, worin diese Unterstützung liegt. Lassen wir diese Schulen alleine in diesem Prozess? – Das ist ein komplizierter Prozess, der viele Ebenen betrifft. Noch einmal: Es geht nicht nur darum, dass irgendetwas in einem Unterricht passiert, sondern es geht um die Frage, wie wir Lehren und Lernen in der Schule mit den Chancen der neuen Medien betreiben wollen. Es geht nicht darum, den Englischunterricht eins zu eins weiter zu betreiben, aber mit dem Unterschied, dass die Schülerinnen und Schüler nun vor ihren Laptops sitzen. Uns geht es darum, uns selbst zu fragen, worin die Potenziale für ein anderes Lernen, für individualisiertes Lernen, für all diese pädagogischen Konzepte liegen.

Deswegen müssen wir mit den Schulen darüber nachdenken. Wir wollen sie begleiten; das ist eben unsere Erfahrung in dem EU-Projekt. Im Rahmen dieses Projekts hatten wir Mittel und Möglichkeiten, um mit einigen Schulen in Deutschland und den Niederlanden an der Entwicklung solcher Konzepte zu arbeiten, die dann nicht nur in der Schublade lagen, sondern die Schulen wirklich vorwärts gebracht haben.

Im Zentrum steht also ganz klar die Message: Wir brauchen Wege, wie wir mit den Schulen an der Entwicklung ihres Schulprogramms arbeiten. Wir müssen das als

Change-Prozess auffassen, der verschiedene Ebenen umfasst und ganz klar zu kurz greifen würde, wenn es nur darum ginge, Computer in die Schule zu bringen. Über die Phase sind wir längst hinaus. Es geht darum, die Chancen für ein anderes Lernen in die Schule zu bringen – ein Lernen, das wir heute auch im beruflichen Bereich brauchen, das auch die Wirtschaft weiterbringt. Wenn uns das gelingen würde, stünden uns sicherlich noch viele Möglichkeiten offen.

Was haben wir in der Arbeit mit den Schulen gelernt? – Wir haben erstmals in einem europäischen Projekt einen neuen Ansatz ausprobiert, nämlich folgenden: Was passiert, wenn die Kinder ihre Geräte mit in die Schule bringen? – Wir haben die Erfahrung gemacht, dass das eine zusätzliche spezifische Chance für ein projektorientiertes Arbeiten, für kooperatives Arbeiten darstellt. Die Kinder und Jugendlichen gehen ganz anders mit den eigenen Geräten um.

Natürlich haben wir auch Lösungen gefunden, um Kindern und Jugendlichen Unterstützung anzubieten, um Schwierigkeiten auszugleichen. Das war in der Praxis aber eigentlich nicht das Problem.

Jede Schule muss ihren Weg finden. Das kann so sein wie in Gütersloh beschrieben. Wir sind davon überzeugt, dass es auch mit Bring Your Own Device ein sehr attraktiver Weg ist, weil er aus pädagogischer Sicht viele Potenziale hat. Insofern glaube ich, dass das gute Ansatzpunkte wären, um hier weiterzukommen.

Mechthild Appelhoff (Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf): Ich möchte ganz kurz in Ergänzung der Ausführungen von Herrn Vaupel sagen: Ich hoffe, nicht nur mir, sondern auch Ihnen ist klargeworden, dass es bei den Kompetenzen nicht um ein Entweder-oder geht. Es geht nie nur entweder um das Anwenden oder Reflektieren bzw. Analysieren. Vielmehr besteht der eigentliche Anspruch darin, beides so miteinander zu verknüpfen, dass am Ende eine wirklich auf das eigene Nutzungsverhalten hin reflektierende Einstellung zu Medien entsteht. Darum geht es, und das war auch mein Plädoyer. Das Anwenden etc. ist das Pflichtprogramm, aber manchmal rutscht die Analyse, die Reflektion ins Kürprogramm. Mein Anliegen besteht darin, die Reflektion und Analyse fest mit ins Gesamtportfolio von Kompetenzen einzubinden; denn ich habe die Sorge, dass das bisher nicht so der Fall ist.

Zur Frage der Qualitätssicherung bei freien Lernmitteln. Es wird immer ein Risiko von Qualitätsverlust, wenn es zu Veränderungen kommt. Es gibt meiner Meinung nach auch ein Risiko mit Blick auf die Frage der Implementierung kommerzieller Interessen in Lernmaterialien; das ist auch klar. Freie Lernmaterialien dürfen immer nur ein Teil, aber nicht die einzigen Lernmaterialien sein. Freie Lernmaterialien dürfen nicht den Verzicht auf professionelle, abgesicherte Materialien bedeuten. Es muss dem Lehrer die Alternative geboten werden, aber nicht nur das eine. Dann wäre meine Sorge um die Qualität größer als jetzt; denn jetzt ist es im Prinzip so, dass Lehrer aus dem Gesamtportfolio von freien Materialien und professionellen Materialien von Schulbuchverlagen und anderen Institutionen auswählen können.

Wenn ich jetzt eine Empfehlung aussprechen dürfte – ich bin mit Blick auf Schule sicherlich die am weitesten entfernte Vertreterin einer Institution –, würde ich vielleicht die allgemeinste Formulierung nennen: Wir nehmen das noch nicht ausreichend genug als Gemeinschaftsaufgabe wahr. Es ist eine Gemeinschaftsaufgabe, die nicht nur beim Land liegt, sondern beim Land, bei den Kommunen. Es ist eine Gemeinschaftsaufgabe, die bei der Einbindung der Hochschulen die Lehrer qualifizieren soll oder die durch wissenschaftliche Begleitung von Lehre, wie Herr Kerres und Herr Heinen es tun, Anregung geben kann für Weiterentwicklung, für Korrekturprozesse.

Es müssen die Elternverbände mitgenommen werden; das werden die Lehrer viel besser beurteilen können als ich. Denn wenn Sie beispielsweise im Grundschulbereich auf Widerstände von Eltern treffen, dann werden Sie sich nicht richtig bewegen können, egal was Sie wollen. Das gilt auch für Widerstände seitens Institutionen wie Volkshochschulen oder der Landesanstalt für Medien. Ich glaube, dass dieses Paket nur zu schnüren ist, wenn man stärker gemeinschaftlich denkt, stärker gemeinsam Verantwortung übernimmt und Verantwortung transparent macht.

Tobias Oppenhäuser (learn:line.nrw, Leverkusen/Köln): Frau Beer, Sie hatten nach der individuellen Förderung gefragt und wollten wissen, wie die individuelle Fragestellung der Schule diesbezüglich aussieht. Das ist eine sehr einfache Antwort: Gar nicht.

Das kann ich auch begründen. Die Schule fragt sich nicht, wie sie digitale Medien zur individuellen Förderung einsetzen kann, wenn sie nicht die Infrastruktur hat. Das heißt, es geht in der Regel um ganz grundlegende Infrastrukturfragen bei der Schule, und so könnte ich jetzt auch eine Ausnahme zu diesem „Gar nicht“ machen. Ganz aktuell hat mich eine Schule angesprochen, aber auch nur, weil sie vom Schulträger darauf hingewiesen wurde, dass die Schule ein Konzept zum Einsatz von digitalen Materialien braucht. Dort wurde eine internationale Förderklasse eingerichtet bzw. der Schule aufgedrückt. Diese beginnt nun zu arbeiten und hat sich bei anderen Schulen informiert. Die haben jetzt eine Software mit einer gesamten Lernumgebung, aber nicht die Infrastruktur, um sie anzuwenden. Dann sagt der Schulträger: So einfach kriegen Sie die Geräte nicht, dafür brauchen Sie ein Konzept. – Dann ist es die Aufgabe des Medienberaters, dorthin zu gehen. Dort habe ich den Medienpass mit seiner Wirkungsstruktur vorgestellt, und das der Schule ein bisschen die Augen geöffnet, wie man vorgehen kann. Es blieb aber die ganze Zeit dieser Frust: Ach ja, das haben wir doch alles schon mal gemacht, und das wirkt immer noch nicht.

Herr Kaiser, als absolut Notwendigstes sehe ich eine Kommunikationsstrategie. Wie kommen Informationen von Dingen, die landesweit passieren, zu den Schulen? – Schulen in den Beratungssituationen sagen ganz oft: Ach so, und das gibt es auch? Ach, und da können wir auch was machen? Und was kostet das denn? – Das kostet gar nichts. – Ach so, ja. – Dann fangen die langsam an zu überlegen.

Wie oft man dann Schulen beraten kann, habe ich Ihnen eben mit der Stundenbereitstellung für diesen Bereich genannt. Bei den Kommunikationsstrategien sehe ich weiterhin – ich hatte es vorhin schon einmal erwähnt –, dass Bezirksregierungen hier nicht auftauchen, aber Bezirksregierungen organisieren die Lehrerfortbildung. Jetzt

melde ich Ihnen zurück, was ich mitbekomme: Davon wissen wir nichts. – Das ist sehr überspitzt, aber es ist eine etwas patzige, beleidigte Rückmeldung. Daher sehe ich es als etwas ganz Wichtiges an, dass im gesamten Prozess vom Land über Bezirksregierung, Kommunen und allen Beteiligten Gespräche stattfinden.

Unterstützen möchte ich noch ganz kurz, was Herr Kerres gesagt hat. Es ging um die Begleitungsstruktur und die Frage, wie Lehrerfortbildung wirken kann. Es muss eine fachliche Moderation in Kooperation mit Medienberatern gegeben sein, um gemeinsam zu gucken, wie digitale Medien fachlich eingesetzt werden können. Die Begleitung kann entweder durch Medienzentren, sofern diese vorhanden sind, oder durch Medienberater stattfinden.

Dr. Uli Marienfeld (Rheinisch-Bergischer Verein Christlicher Schulen e. V., Düsseldorf): Es ist deutlich geworden, dass die Situation an Schulen ganz unterschiedlich ist. Schulen im ländlichen Raum, die keinen Breitbandzugang haben, die kein Internet nutzen können, können es nicht nutzen, können es nicht reflektieren. Da ist ganz klar, was als Erstes passieren muss.

Ansonsten – auch das wurde mehrfach gesagt – ist es ein Entwicklungsprozess. Ich muss Schulen Räume schaffen, ich muss Kollegien Räume schaffen, dass sie miteinander entwickeln können, dass sie für die Schule sehen können, was sie als Schule brauchen. Dann müssen sie die entsprechende Unterstützung bekommen.

Es gibt keine Pauschallösung für alle Schulen. Vielmehr braucht man Zeit, Raum und Gelder. Die einzelnen Schulen müssen begleitet werden, und die Mittel müssen sinnvoll eingesetzt werden. Dies geschieht am besten in Kooperation mit den Eltern, damit Schulen und Eltern gemeinsam vorangehen können. Das wäre es meiner Meinung nach. – Danke.

Dr. Nils Weichert (Wikimedia Deutschland, Berlin): Frau Pieper, Ihre Frage war recht kurz. Ich befürchte, die Antwort ist es nicht. Was kann die Politik tun, wenn es um die Einführung von freien Lehr- und Lernmaterialien geht? – Ich habe in meiner Stellungnahme eine Studie verlinkt, die das sehr hinreichend darstellt. Leonhard Dobusch hat dazu in einer Studie im Auftrag der Technologiestiftung Berlin, „Open Education in Berlin: Benchmark und Potentiale“, auch zur Einführung von OER Stellung genommen, und dort sind wichtige Aspekte benannt, die ich wiederholen kann und auch aus unserer Praxis vielleicht ein Stück weit priorisieren möchte.

Es ist in Deutschland ein etwas anderes Verhältnis, als es in Erfolgsländern wie den Niederlanden beispielsweise ist, wo bereits eine Plattform mit über 1 Million freien Lehr- und Lernmaterialien existiert, die dort auffindbar sind. Dort wird das aber sehr zentral gesteuert. Die zentrale Steuerung ist in Deutschland nicht der Fall. Hier nehmen wir eine andere Bewegung war, die man durchaus als Graswurzelbewegung bezeichnen kann. Dort machen das die Lehrerinnen und Lehrer schon immer. Sie entwickeln freie Lehr- und Lernmaterialien, sie remixen das Material, verwenden es für ihre Schulen, für ihre Klassen. Das gilt es eigentlich sichtbar zu machen und zu fördern, und so heißt es auch in dem Aktionsplan, der innerhalb dieser Studie quasi vorgeschlagen wird, dass das Graswurzeldünen an erster Stelle stehen muss.

Punkt eins ist ein klares Signal der jeweiligen Landesregierungen, dass der OER-Einsatz erwünscht ist. An zweiter Stelle steht ein Wettbewerb um die Erstellung von Bildungsmaterialien und das Lagern auf den entsprechenden Bildungsservern. Hier kann man auch Infrastrukturen nutzen. Natürlich muss OER ein Fortbildungsthema in der Lehrerbildung sein. Das klingt jetzt sehr allgemein, ist aber elementar, wenn man bedenkt, dass es zunächst einmal die Hemmschuhe sind, mit denen die Lehrerinnen und Lehrer zu kämpfen haben. Sie fragen sich: Kann ich das Buch für meinen Unterricht verwenden? Wie oft kann ich das kopieren? Kann ich eventuell das Bild ausschneiden und für mein Arbeitsblatt verwenden? – Das sind die Gegebenheiten, mit denen zu kämpfen wäre. Das wären die Fragestellungen, die im Rahmen solcher Fortbildungen zu beantworten wären.

Darüber hinaus sind es natürlich ganz andere Arbeitstechniken, die das Erstellen von freien Lehr- und Lernmaterialien erfordert. Die kollaborativen Arbeitsstrukturen, die dahinter stehen, machen eine andere Praxis notwendig. Insofern ist dem Thema von unserer Seite aus auch stark zuzustimmen.

Wikipedia – und da kann ich vielleicht auf das Thema „Qualität“ kommen – wurde 2004 eingeführt. Schon 2005 haben die ersten Studien gezeigt, dass die Qualität der Inhalte nicht hinter der Encyclopaedia Britannica zurücksteht. Jetzt, zehn Jahre später, stellt sich diese Frage gar nicht mehr. Ich möchte damit nicht sagen, dass das Vorgehen beim Erstellen einer Enzyklopädie dasselbe Vorgehen ist, das zur Erstellung von freien Lehr- und Lernmaterialien führen muss. Aber eines ist deutlich geworden: Die Frage nach der Qualität stellt sich nicht mehr; denn dezentrale Strukturen, die in einem kollaborativen Prozess erstellt wurden, ermöglichen durchaus das Erstellen eines qualitativ hochwertigen Produktes. Insofern wäre dieses Graswurzeldüngen, indem man die kollaborativen und partizipativen Elemente fördert, an erster Stelle zu nennen.

Die zweite Ebene, die in der Studie benannt wird und die ich auch unterstreichen möchte, ist das OER-Mainstreaming. Hier sind viele Instrumente recht interessant, die auch im gleichstellungspolitischen Bereich eine Rolle gespielt haben. Es gibt das Gender-Mainstreaming, es gibt Gender-Budgeting, es gibt die Gender-Analyse. Es gibt viele Punkte, die hier eine Rolle spielen und angegangen werden müssen.

Analyse ist wichtig, und wir brauchen sie auch. Aber es gibt schon einiges. Wir wissen, was gut ist, was schlecht ist und wie es eingeführt werden kann. Es geht jetzt eigentlich darum, konkrete Pilotprojekte durchzuführen, wie man lehrplankonforme OER quasi entwickeln kann. Da ist noch der große Gap, da berufen sich auch viele Verlage darauf, dass sie das momentan tun. Da braucht es gute Beispiele auch in Deutschland. Lehrplankonformität von Lernmitteln ist also der erste Punkt.

Das Zweite ist – und dazu werden in diesem Katalog die Ministerien aufgefordert –, einen Kriterienkatalog für die OER-Lernmittel festzulegen. Das kann man gemeinsam tun; das halte ich für einen ganz wesentlichen Punkt.

Noch viel wichtiger ist es, Konzepte zu prüfen, wie die Zertifizierung aussehen kann und soll. Da gibt es auch unterschiedliche Beispiele, und man kann auch aus der guten Praxis, die bisher existiert, lernen und diese weiterentwickelt. Es werden Boni für

die OER-Nutzung angesprochen. Das Ganze würde ich – aber das sage ich natürlich aus der Sichtweise einer NGO, die sich für freies Wissen einsetzt – durch Förderprogramme und Koordinationsstellen ergänzen, die notwendig sind, um viele Akteure von den Volkshochschulen über die außerschulische Bildung bis hin zur politischen Bildung in so einen Prozess zu involvieren. – Vielen Dank.

Amina Johannson (Medienbildung, Düsseldorf): Ich möchte auf die Frage antworten, wie die Verbindlichkeit in den Kommunen gewährleistet werden kann. Wir haben vor fünf Jahren eine Entwicklungswerkstatt der kommunalen Medienzentren aufgelegt, die einmal im Jahr im kleinen Kreis tagt. Das ist sozusagen ein kleiner Think Tank der noch vorhandenen kommunalen Medienzentren oder der Vertreter. Dabei sind auch schon hier und da kommunale Bildungsnetzwerke mit vertreten; es verändert sich wie gesagt viel in den Kommunen und Zuständigkeiten. Dieses Papier ist auch verlinkt mit der Stellungnahme, das heißt, Medienbildung ist gemeinsame Zukunftsaufgabe zur Weiterentwicklung der kommunalstaatlichen Unterstützungssysteme in NRW. Es ist als Link zu finden und als PDF downloadbar; es ist abgesegnet von den kommunalen Spitzenverbänden und in Zusammenarbeit mit der Medienberatung entwickelt. Darin ist noch einmal schön aufgeführt, was die Kommunen vor Ort brauchen. Sie brauchen Beratung. Herr Oppenhäuser sagte sehr schön, Fortbildung ist das eine – diese kann man zentral organisieren –, aber das andere ist eine bedarfsorientierte Beratung vor Ort, und diese braucht Zeit. Das kann man mit sechs Stunden oder einer halben Lehrerstelle bei 180 Schulen hier in Düsseldorf – wir haben auch nur eine halbe Medienberaterstelle für alle Düsseldorfer Schulen –schlecht gewährleisten.

Wenn man die Aufgabe ernst nimmt auf Landesebene, muss die jetzt schon dankenswerterweise zur Verfügung gestellte Anzahl von freigestellten Lehrerstunden höher gesetzt werden. Es geht um eine Stärkung der kommunalen Medienzentren, die tatsächlich noch im Kreis und in den Kommunen vorhanden sind, um eine pädagogische Aufwertung zu erreichen. Muss man schauen, wer vor Ort in den Kreisen und Kommunen beratend tätig sein kann.

In diesem Zusammenhang komme ich noch einmal auf das kommunale Mapping zu sprechen. Warum sollen wir nicht zusammenarbeiten? Ich meine den Landschaftsverband Rheinland mit den rheinischen Kommunen, aber auch unsere Schwesterorganisation, den Landschaftsverband Westfalen-Lippe, mit dem wir sehr eng zusammenarbeiten. Ich könnte mir gut vorstellen, dass wir gemeinsam eine kommunale Landkarte erstellen, die auch Ihnen im Land die Übersicht erleichtert, mit wem Sie denn in Ihren Landesprogrammen vor Ort zusammenarbeiten könnten. Diese wird hier und da ein bisschen unterschiedlich aussehen, man kann sie auch ins Netz stellen und verfügbar machen, aber dies wäre eher auf Organisationsebene hilfreich. Es geht um folgende Fragen: Welche Aufgaben hat das Schulamt, welche Aufgaben hat der Schulträger bei diesen Schritten, die Sie jetzt gehen, also beim Ausbau von LOGINEO oder beim Medienpass?

Wir machen uns schon jetzt auf den Weg, aber wir könnten die Unterstützung des Landes sehr gut gebraucht. Denn wir merken, dass es einen großen Unterschied

gibt: Wenn sich die Medienzentren aus den Landkreisen mit den Medienzentren aus den urbanen Ballungsgebieten treffen, dann sind das zwei verschiedene Welten, und das kennen Sie als Politikerinnen und Politiker auch sehr gut. Die Handlungsfelder sind sehr unterschiedlich, und da müssen wir sehr genau hingucken. Was Schule betrifft, sind der Landkreis und die Kommune sehr unterschiedlich aufgestellt, und da sprechen wir manchmal verschiedene Sprachen. Das ist ganz interessant zu sehen, und das würde ich in dieser Landkarte mit aufnehmen wollen. Es gibt in den Fraktionen inzwischen auch Handlungspapiere. Zum Beispiel werden in bestimmten Kreistagen Anhörungen zu der fast gleichen Thematik durchgeführt. Das müsste man besser abstimmen. Man müsste gucken, welche Themen von den Parteien behandelt werden, und das müsste man mehr zusammenzubringen. Das gilt ganz aktuell im Rahmen der Inklusion. Es ist interessant, welche Rolle die Medien dabei spielen können. Es ist spannend, was da passiert. Vielleicht müssten wir noch einmal eine Initiative starten, um zu zeigen, was im Kreistag, was in den städtischen Parlamenten passiert, und diese könnten wir dann mit Ihrer Landesinitiative zusammenbringen.

Frau Hendricks, Sie fragten nach den Herausforderungen vor Ort. Die Herausforderungen habe ich schon ein bisschen benannt. Ganz wichtig ist die Stärkung der Ressourcen, die schon da sind. Es geht also darum, nicht noch einmal etwas neu aufzulegen, sondern zu gucken, was das Medienzentrum tun kann, was das regionale Bildungsbüro tun kann. Was kann an Aufgaben übernommen werden, wenn IT-Ausstattung gefragt ist? – Da die Kommunen mit ihren Ressourcen immer so knapp sind, aber die Ausstattung organisieren müssen – es ist ja schön, wenn die Schule sagt, dass sie etwas mit ihrem Förderverein machen will –, sagt das Schulamt ganz schnell: Stopp! Wir müssen erst einmal gucken, was wir im Rahmen der Medienentwicklungsplanung in den nächsten fünf Jahren vorhaben. Was wollen wir anschaffen, wie wollen wir das warten, welche Technikfolgekosten kommen da auf uns zu?

Dabei sollte man die Schulen nicht alleinlassen, auch wenn selbstständige Schule ganz wichtig ist. Vielmehr sollte man in der Frage der Ausstattung gemeinsam vorgehen und sich das genau angucken; denn die Kosten sind enorm, wenn jeder seinen eigenen Weg geht. Das haben wir jedenfalls vor Ort gelernt.

Ein Weg, der sehr wichtig ist: Wir haben den Medienpass für Schülerinnen und Schüler eingeführt, und die Lehrer machen, wenn sie begeistert sind, auch mit. Wir versuchen schließlich, alle zu motivieren. Nur, wir brauchen eigentlich auch einen Medienpass für die Lehrerinnen und Lehrer und auch für die Schulämter und für die Schulträger. Denn das, was wir von den Schülern fordern, müssen die auch erst einmal ein bisschen mitlernen, und das ist nicht nur Learning by Doing; das machen wir jetzt in der staatlichen Lehrerfortbildung. Aber wenn wird die Bildungsnetzwerke mit an Bord nehmen, müssen wir die natürlich auch fragen: Wisst ihr eigentlich, wovon wir hier reden? – Und wir müssen ihnen die Möglichkeit geben, sich dort fortzubilden. Das Material für die Fortbildung ist da. Wir müssen nur die richtigen Leute in der richtigen Weise einladen, ansprechen und fitmachen. Dabei ist es ganz wichtig, dass man wenigstens ein oder zwei Lehrer vor Ort als Ansprechpartner hat; das sind nicht mehr unbedingt Informatiker. Das hat sich alles sehr gewandelt. Wir müssen Ansprechpartner haben, die den sogenannten First-Level-Support in der Schule zuverlässig leisten können. Es müssen Leute sein, die nicht direkt bei jeder unterbrochenen

WLAN-Verbindung beim Schulträger anrufen. Schließlich hat auch der Schulträger nur wenige Leute zur Wartung der Technik. Vielmehr geht es um Leute, also Lehrerinnen und Lehrer, die mit entsprechend freigestellten Stunden in der Lage sind, die Sprache des Schulausstatters, des Schulamtes, der Techniker zu verstehen und zu sprechen.

Das ist auch eine Frage der Kommunikation, der Kanäle: Wie kommuniziert der IT-Ausstatter, das Rechenzentrum, das Schulamtsamt und die Schulaufsicht? In welcher Sprache sprechen die miteinander? – Dabei kann ein Medienzentrum durchaus manchmal Übersetzungsunterstützung leisten und solche Prozesse moderieren. Ich mache das ab und zu hier in Düsseldorf, das macht auch viel Spaß, aber das sollten wir nicht vergessen. Denn sonst geschieht das alles weiterhin nebeneinander. Wir müssen über Strategien des Miteinanders und des Verstehens sprechen.

Wir bringen nicht alle die gleichen Kompetenzen mit – das gilt auch für die handelnden Personen –, und darum wiederhole ich noch einmal, was für das Land praktisch erste Priorität hat. Ich finde, es geht darum, diese Kommunikation durch ein Mapping, durch eine gemeinsame Landkarte der Ansprechpartner vor Ort, der Einrichtungen vor Ort sicherzustellen. Ich meine die Ansprechstellen, die Sie in Ihren Landesvorhabenkommunal mitnehmen wollen. Es geht darum, dass jeder weiß: Das sind die Strukturen vor Ort, die uns dabei unterstützen. – Das Benennen und Sichtbarmachen fände ich sehr wichtig.

Jana Kausch (Initiative D21 e. V., Berlin): Frau Johansson, Sie haben mir gerade die perfekte Vorlage gegeben. Auch ich wollte auf die Frage von Herrn Kaiser bezüglich der Prioritäten antworten, was wann wie am besten von der Landesregierung umzusetzen sei.

Insofern möchte ich direkt Bezug nehmen auf das, was Sie eben sagten. Zur Informationskultur. Das heißt tatsächlich, die Lehrer zu informieren, die Schulen untereinander zu informieren: Was gibt es für Initiativen? Was gibt es schon für Möglichkeiten? – Denn nur wenn man es weiß, kann man es auch entsprechend nutzen.

Weiterhin möchte ich noch einmal auf meine vorhin schon genannten drei wesentlichen Aspekte hinweisen. Das ist so ein bisschen wie die Frage: Huhn oder Ei? Was war zuerst da? – Das heißt, wesentlich ist die Infrastruktur in den Schulen. Wie man dies umsetzen kann, haben wir jetzt schon hinreichend erklärt, über Bring-On-Own-Device-Modelle, über Hybridlösungen. Es geht natürlich auch darum, dass auch Schülerinnen und Schüler bedacht werden, denen keine eigenen hochwertigen Geräte zur Verfügung stehen.

Zweiter Punkt: Die strukturelle Verankerung ist sehr wichtig.

Dritter Punkt: Die Medienbildung der Lehrer ist sehr wichtig. Wie ich schon sagte: Lehrerausbildung und Lehrerfortbildung, also beide Aspekte, müssen mit bedacht werden. Denn wenn man nur an einer Ecke etwas ändert, wird sich im Großen und Ganzen nichts verändern. Beispielhaft seien hier vielleicht große Ausstattungskampagnen oder -initiativen bezüglich interaktiver Whiteboards genannt. Ich möchte an dieser Stelle nicht über die Sinnhaftigkeit dieser Boards mit Ihnen diskutieren, aber

was sich deutlich gezeigt hat, ist, dass Schulen im großen Stil ausgestattet wurden. Da wurde der Slogan gebracht: Wir sind jetzt kreidefrei. – Ich habe das immer fast wie „Wir sind jetzt pestfrei“ vernommen, also beinahe wie: Juhu, wir haben die und die Krankheit überwunden.

Sicherlich ist das ein großer Fortschritt, aber das kann nur funktionieren, wenn ich auch Inhalte habe, mit denen ich dann eben solche Technologien bespielen kann, wenn ich weiß, wofür und womit ich jetzt im Prinzip arbeiten kann, und wenn – das ist ein entscheidender Punkt – Lehrkräfte auch geschult sind und damit im Prinzip souverän umgehen können. Das ist ganz elementar; denn sonst brauche ich an einer Stelle nicht anzufangen. Denn dann fehlt etwas in diesem Dreiklang; so möchte ich es einmal sagen.

Unterstützen möchte ich auch noch einmal, was Frau Appelhoff und Herr Oppenhäuser gesagt haben: Es ist tatsächlich eine Kultur des gemeinsamen Aktivwerdens gefragt. Es kann nicht die Frage sein, ob es die Aufgabe der Schulträger ist. Oder: Ist es die Aufgabe der Schulen selbst? Wo liegt da der Fehler? – Es ist kein Fehler in dem Sinn, sondern ein Prozess, der sich entwickelt und in dem es auch nur schwer ein Richtig oder ein Falsch gibt. Es muss tatsächlich gelebt werden, und nur so können Neues und auch Innovation tatsächlich vorangebracht werden.

In dem Sinne möchte ich das Plädoyer enden lassen. Neues zu wagen ist das Wichtigste, und tatsächlich müssen alle Beteiligten an einem Strang ziehen müssen. – Danke schön.

Friedhelm Rachner (Evangelisch Stiftisches Gymnasium, Gütersloh): Herr Kaiser, ich glaube, man braucht primär eine technische Infrastruktur an der Schule, und die ist recht teuer, zumindest nicht billig. Ich glaube auch nicht, dass man etwas auf Lernplattformen oder ähnlichen Plattformen auslagern kann. Ich brauche, um eine vernünftige Interaktion im Unterricht hinzukriegen, eine Vernetzung der Geräte. Da spricht vieles auch dafür, dass in einer Jahrgangsstufe gleiche Geräte benutzt werden. Das würde zumindest das Leben deutlich vereinfachen.

Frau Beer, das sind Geräte in Schülerhand, die in der Schule benutzt werden, und die müssen vom Tisch fallen können, ohne sofort kaputt zu gehen. Dann sind wir bei professionellen Geräten, und die sind nicht für unter 700 € zu haben. Wir gehen davon aus, dass die Kosten aus diesen vier Jahren bei 1.200 € oder etwas mehr liegen, also 700 € für das Gerät und 500 € für Service, Garantieverlängerung, Versicherung, Lernsoftware und einen zweiten Akku. Es macht wenig Sinn, einen Laptop zu haben mit der Grundausstattung, wie Microsoft sie liefert. Man braucht Lernsoftware für Mathematik, Lernsoftware für die Sprachen; nur dann macht das Sinn.

Das ist keine Selbstnutzung, weil das jetzt gerade erfunden wurde. Für uns ist das ein Tool, ein Werkzeug – ein Werkzeug, das dort eingesetzt wird, wo es mehr kann als ein Buch. Ansonsten arbeiten wir mit Büchern. Wir sind in der glücklichen Lage, eine Bibliothek mit 16.000 Medieneinheiten – das ist so ein neues Wort – zu haben; davon sind 15.000 Bücher. Das wird genauso genutzt. Schüler gehen in die Bibliothek und haben den Laptop unterm Arm und benutzen den Laptop, um mit einem

Buch parallel arbeiten zu können. Wenn man all das vernetzt, den Laptop in den Fächern nutzt, in denen er optimal ist, und ihn in anderen Fächern in der Tasche lässt, dann ist das ein Instrumentarium.

Wie gesagt, ich muss alle mitnehmen, und wir arbeiten auf der Basis der Elternsolidarität. In den 30 € ist der sogenannte Soli drin, und das läuft ganz unbürokratisch. Wir haben einen Schulpfarrer. Bei ihm wird Hilfe beantragt, und die Erkenntnisse bleiben bei ihm und bei der Sekretärin, die abrechnet. Es ist also alles diskret. Somit kann die Schulgemeinschaft alle Kinder dieser Jahrgangsstufen in vernünftiger Weise in das technische Zeitalter mitnehmen und, da wir auch medienkritisch agieren, ihnen auch möglichst viel Unterstützung geben.

Axel Kühnlitz (Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung, Frankfurt/Main): Eine kleine Fußnote nochmals zum Thema „Open Educational Resources“. Ich denke, das ist zu beobachten sowohl im NGO-Bereich als auch in der offiziellen Politik: Da findet weiterhin eine sehr starke Reduktion ausschließlich auf den Schulbereich statt. – Ich denke, diese Thematik müsste sehr stark eingeordnet werden und Konzepte des lebenslangen Lernens mit reflektieren. Daher hielte ich eine Diskussion der Reflektion der entsprechenden Institutionen und Gremien dahingehend, welche Impulse Bildungspolitik auch in anderen Bildungssektoren der beruflichen Bildung, der Erwachsenen- und Weiterbildung setzen kann, für sehr relevant. – Danke.

André Spang (Kaiserin-Augusta-Schule, Köln): Ich habe aufmerksam zugehört. Eine wichtige Sache, die vielleicht auch uns als Lehrer immer wieder vorantreibt, ist das Curriculum, und dann geht es natürlich auch um das, was hinten herauskommt, nämlich die Prüfungsordnung. Da sehe ich in der Tat noch einen ganz wichtigen Handlungs- und Gesprächsbedarf. Das ist mir jetzt auch wirklich zu kurz gekommen. Denn wenn ich im Unterricht mit digitalen Geräten arbeite, wie ich es nun schon sehr lange tue, und versuche, eine Lernkultur nach vorne zu bringen, in der sich die Lernenden zusammenraufen, eher frei arbeiten, im Netz nachgucken können, ein Video produzieren können, dann muss ich mich trotzdem immer wieder fragen: Wie passt das zum Curriculum? Wie bringe ich das in eine Prüfungssituation?

Ich bin an einem Gymnasium tätig. Dort steht am Ende eine ganz große Prüfungssituation an, nämlich das Abitur. Wenn ich mir das dann angucke, dann passt es auf den ersten Blick unter Umständen erst einmal gar nicht zusammen. Dass es geht, erfahre ich seit vielen Jahren, aber es ist eine sehr schwierige Sache. Deswegen würde ich mir wünschen, dass die digitalen Medien in den Blick genommen werden, das Curriculum umgestaltet und auch die Prüfungsordnung umgestaltet werden.

Im Fach „Musik“ kann ich so etwas zum Beispiel im mündlichen Abitur sehr gut machen; in diesem Fach können die Schüler auch mit digitalen Medien bzw. Instrumenten arbeiten. Das passt aber nicht in allen Fächern, aber genau dorthin müssen wir; Stichwort: Maker Movement. Das ist ein Schlagwort, und da setzt alles an: zum einen die Bildungsmedien, die sich ans Curriculum anknüpfen und mit den angebotenen Methoden und Settings an diesem festhalten, zum anderen die OER, die es gerade

erst ermöglichen, eine solche sich wandelnde Lernkultur nach vorne zu bringen und die Zusammenarbeit zu fördern. Die OER können sich allerdings nicht richtig platzieren, weil sie vielleicht in einen Konflikt mit einer Prüfungsordnung im Curriculum geraten.

Abschließend möchte ich auf eine Veranstaltung an unserer Schule am 24. Oktober zum Thema „Lernen in der digitalen Gesellschaft“ hinweisen; Stichwort „LernLab“. Bei dieser Veranstaltung kann man sich, sofern Interesse besteht, darüber informieren, wie so etwas an der Schule konkret läuft. – Vielen Dank.

Iris Witt (Landesverband der Volkshochschulen von NRW e. V., Düsseldorf): Herrn Kaiser, Sie fragten: Wie sieht es mit einer Prioritätenliste aus? Welche Maßnahmen sollten zuerst ergriffen werden? – Ich kann mich nur auf meine Kolleginnen und Kollegen beziehen. Wichtig finde ich – und insofern danke ich Herrn Kühnlenz für seinen Beitrag –, bei diesem Thema bildungsbereichsübergreifend zu denken. Das ist nicht nur ein Thema für Schülerinnen und Schüler oder Lehrerinnen und Lehrer, sondern für alle Bürgerinnen und Bürger und zum Beispiel für die Elternbildung. Aber auch das Sichtbarmachen der vorhandenen Unterstützungsebene erachte ich als einen sehr guten Schritt.

Das Zweite bezog sich auf das Förderinstrument OER, und da wurde Bezug genommen auf unsere Stellungnahme, in der wir empfohlen haben, dass die Öffnung von vorhandenen Lerninhalten unter freien und offenen Lizenzen und die Förderung des Einsatzes an Volkshochschulen forciert werden sollten. In diesem Zusammenhang möchte ich Bezug nehmen auf Herrn Dr. Weichert; auch ich möchte ein bisschen in diese Richtung gehen. Wir wünschen uns eine Plattform, aber auch einen Kriterienkatalog, welche Formate aufgenommen werden. Es gibt schließlich Standards in der Erwachsenenbildung, die hier beachtet werden sollten.

Die dritte Frage bezog sich darauf, ob wir als Volkshochschulen auch Angebote für Lehrer vorhalten. Das bezog sich auch auf eine Aussage von Herrn Vaupel. Hier möchte ich einmal die Bildungspartnerschaft zwischen Schule und Volkshochschule und die engen Gespräche mit der Medienberatung betonen, in denen Konzepte für die Lehrer- und Lehrerinnenfortbildung durchdacht und konzipiert werden. Die Volkshochschulen sind dabei, sind stark interessiert an der Thematik und arbeiten hier mit verschiedenen Kooperationspartnern zusammen. – Danke schön.

Vorsitzender Wolfgang Große Brömer: Wir steigen nun in die zweite Fragerunde ein. – Bitte schön, Frau Pieper.

Monika Pieper (PIRATEN): Herr Prof. Kerres, Sie sprechen von Bring Your Own Device und favorisieren dieses auch. Meine Erfahrung ist, dass es die Lehrer noch mehr verunsichert, wenn sie mit unterschiedlichen Geräten umgehen müssen. Ich habe eher folgende Erfahrung gemacht: Wenn sich meine Kollegen aus der Praxis auf ein Gerät einstellen können und genau wissen, wie das funktioniert, dann ist ihre Schwelle, sich darauf einzulassen, wesentlich geringer. Ihre Schwelle ist viel höher,

wenn 10 oder 20 verschiedene Geräte im Unterricht im Umlauf sind. Vielleicht können Sie auf diesen Punkt noch einmal eingehen.

Außerdem habe ich folgende Frage an Sie: Welchen Entwicklungsbedarf sehen Sie ganz konkret in der Lehrerausbildung?

Frau Prof. Faber, Sie sprachen von einer Gesamtstrategie, was die Kommunen und das Land betrifft. Sie sagten, dass man zusammen schauen muss, wie man vorankommt. Frau Witt hat sich in ihrer Stellungnahme ähnlich geäußert und den Vorschlag gemacht, einen Beirat zu bilden. Sehen Sie das als einen gangbaren Weg, um an dieser Stelle nach vorne zu kommen?

An die Vertreter der Schulen habe ich noch eine letzte Frage: Wir sprechen immer darüber, was passieren muss, wohin es gehen soll. Gibt es im Moment Regelungen auf Landesebene, die es im Grunde verhindern, dass es vorangeht? Was ist vielleicht schon vorhanden, das es erleichtert, im Unterricht besser arbeiten zu können? – Danke.

Vorsitzender Wolfgang Große Brömer: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen seitens der Abgeordneten vor. – Bitte, Herr Prof. Kerres.

Prof. Dr. Michael Kerres (Fachbereich Bildungswissenschaften der Universität Duisburg-Essen, Duisburg): Zum Punkt „Lehrerbildung“. Die Antwort muss auf zwei Ebenen stattfinden. Wenn Sie in die Curricula der Hochschulen schauen – auch in die neugestalteten Curricula mit dem Bachelor-/Master-System in der Lehrerbildung –, dann werden Sie sehen, dass es in der Tat sehr ernüchternd in Nordrhein-Westfalen ist. Sie werden feststellen, dass in dem Wettbewerb der Themen, die in der Entwicklung der Curricula entstehen, die Medienbildung oftmals hinten herunterfällt. Zurzeit wichtige Themen wie „Inklusion“, „Interkulturalität“, „Individualisierung“ finden vielfach Einfluss in die neu überarbeiteten Curricula, andere aber nicht. Ich könnte Ihnen viele Universitäten nennen, in denen Lehrerbildung stattfindet, ohne dieses Thema zumindest einmal explizit zu erwähnen.

Der andere Punkt ist, dass wir, wenn wir mit den Kollegen darüber sprechen, vorsichtig sein müssen. Die Medienthematik ist natürlich auch etwas, was in den Fächern stattfindet. Das heißt, der Mathematikdidaktiker wird im Mathematikunterricht auch über Computer reden. Insofern ist unsicher, wie der Status zu bewerten ist. Wollen wir wirklich zwingend ein Modul Medienbildung haben, oder ist es nicht auch wichtig, dass dies in den Fächern angemessen diskutiert wird? – Das ist der Stand der Diskussion in dem Bereich.

Zu „Bring Your Own Device“. Noch einmal: Wichtig scheint mir, dass jede Schule ihren Weg findet. Und wenn eine Schule zu der Überzeugung gelangt, dass es für sie besser ist, eine solche Vorgabe zu machen und mit den Schülern und den Lehrkräften entsprechend zu arbeiten, dann ist das wohl der richtige Weg.

Das Interessante ist, dass mit Bring Your Own Device eine bestimmte Möglichkeit des pädagogischen Arbeitens verbunden ist. Wir würden Lehrern gerne ihre Sorge nehmen. Es ist vielleicht auch eine Illusion, zu glauben, dass die Lehrkraft das alles

können und kontrollieren muss und dann den Schülern genau sagen muss, wie sie es jetzt machen sollen. Bei Bring Your Own Device stehen insbesondere Möglichkeiten des projektorientierten kooperativen Arbeitens im Vordergrund. Dabei kann der Lehrer Arbeitsaufträge an eine Gruppe geben und sagen: So, entwickelt mal einen solchen Ansatz. – Und die Schülerinnen und Schüler müssen sich überlegen: Wie machen wir das jetzt? – Der eine hat ein Handy, mit dem er gut fotografieren kann. Der andere kann gut Audiofiles machen, der Dritte hat ein Gerät, mit dem er Videos gut bearbeiten kann. Gemeinsam nutzen sie ihre Geräte und kommen zu einem Ergebnis. Das sind Arbeitsformen, die wir uns vorstellen können. Das funktioniert aber nur, wenn sich die Lehrkräfte zusammensetzen, sich gemeinsam beraten und dabei unterstützt werden. Dann können sie mit diesen Geräten gut arbeiten.

Prof. Dr. Angela Faber (Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen): Frau Pieper, wir brauchen ein gemeinsames strategisches Vorgehen aller Beteiligten, insbesondere unter Einbeziehung der Schulaufsicht; das ist heute auch schon mehrfach angeklungen. Dabei sollten wir vorhandene Strukturen nutzen und „leben“, beispielsweise die regionalen Bildungsnetzwerke, die Bildungspartnerschaften; wir haben mittlerweile sechs oder sieben im Land. Darüber hinaus sollten wir im Arbeitskreis Medien zusammen mit der Medienberatung agieren; da sitzen wir als kommunale Spitzenverbände mit dem Land und den Vertretern der Medienberatung zusammen.

Ob eine weitere Formalisierung in Form eines Beirats zielführend ist, wage ich eigentlich zu bezweifeln. Ich habe mich kurz mit Herrn Vaupel abgestimmt. Auch er sieht das eher skeptisch. Daher würde ich für eine weitere Formalisierung durch ein zusätzliches Gremium erst einmal nicht für plädieren. Lassen Sie uns das „leben“, was wir haben, und sinnvoll und ernsthaft wahrnehmen und erfüllen. – Danke schön.

Thorsten Zahn (Rheinisch-Bergischer Verein Christlicher Schulen e. V., Düsseldorf): Einschränkungen sind eventuell da gegeben, wo es Copyrightprobleme gibt, also da, wo wir bei der Erstellung von entsprechenden Unterrichtsmaterialien Einschränkungen erfahren, die es uns erschweren, Unterrichtsmaterialien zu erstellen.

Es geht auch um Einschränkungen der Own-Device-Geräte. Wie kann ich diese einsetzen? – Diese Frage müssen wir uns vor allen Dingen dann stellen, wenn man sie in zentralen Prüfungen nicht nutzen kann; Stichwort: grafikfähige Taschenrechner. Ich glaube, ein Teil von Ihnen weiß, wovon ich spreche.

Friedhelm Rachner (Evangelisch Stiftisches Gymnasium, Gütersloh): Auch der grafikfähige Taschenrechner ist unser Problem. Wir halten den Erlass dazu und auch die Modifikation des Herrn Staatssekretär für kontraproduktiv. Unsere Schüler arbeiten mit Mathematiksoftware auf dem Laptop, dürfen diesen Laptop im Abitur aber nicht benutzen, weil es ihr Privateigentum ist. Wenn es Eigentum der Schule wäre, könnten sie ihn benutzen. Wir können unser ganzes System nicht ändern, um jetzt mit diesem Erlass klarzukommen. Also müssen wir unsere Schüler anhalten – wir

haben es lange hinausgezögert, weil wir der Hoffnung waren, der Erlass würde der Realität angepasst werden –, sich zusätzlich für 85 € einen grafikfähigen Taschenrechner anzuschaffen, obwohl ihr PC das leisten könnte und sie mit diesem noch viel mehr im grafikfähigen Bereich machen könnten. Insofern muss man eine ganze Spur pragmatischer werden und sich von oben der Realität anpassen. Wir sind gerne bereit, zu beraten. – Danke.

André Spang (Kaiserin-Augusta-Schule, Köln): Die Lizenzrechte sind ein ganz großes Thema gerade an unserer Schule. Wir nutzen die offene Wiki-Plattform und Blogs, und unsere Lernenden haben das mittlerweile sehr gut drauf, aber es ist natürlich ein großes Thema, wenn man anfängt, Materialien zu remixen. Ich denke, das ist sowieso ein ganz großes Thema in unserer Gesellschaft, wie man mit Lizenzrechten umgeht.

Ein weiterer Punkt – das hatte ich vorhin schon angesprochen – ist die Nutzung von Anbietern oder Plattformen, die nicht aus Deutschland kommen. Das gehört meines Erachtens auch in den Unterricht, aber diesbezüglich ist die Rechtslage sehr ungeklärt. Da fühle ich mich alleingelassen als Lehrender. Youtube, Google Apps oder Dropbox sind Dinge, die Lehrende und auch Lernende nutzen, aber die Rechtslage ist dabei nicht klar. Da fühle ich mich alleingelassen. – Danke schön.

Vorsitzender Wolfgang Große Brömer: Meine Damen und Herren, wir haben jetzt alle Wortmeldungen abgearbeitet. Ich möchte mich recht herzlich bei den Sachverständigen dafür bedanken, dass sie uns hier Rede und Antwort gestanden haben. Wir werden uns im Ausschuss für Schule und Weiterbildung mit dem vorliegenden Antrag und den Informationen, die wir heute erhalten haben, voraussichtlich am 26. November beschäftigen. Die Antragstellung der Piratenfraktion wird auch im mitberatenden Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung berücksichtigt. Dort findet die Beratung am 29. Oktober statt.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Heimweg.

Die Sitzung ist geschlossen.

gez. Wolfgang Große Brömer
Vorsitzender

07.10.2014/21.10.2014

215